

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Die Hölle von Detroit

Diskussions-Beilage

Vom „goldenen“ Überfluß der Welt

Nazimörder — aber „Rotmord“-Geschrei

Trotz Wohnungsnot Geschenke an Hausbesitzer

Religion und Vaterlandsliebe

Rückblick am Silvester

Polizei sperrt ein Kind sechs Tage ein

Nieder mit der Mörderpartei!

NSDAP-Führer Dr. Bennecke hat Ermordung des SA-Mannes Hentsch befohlen

Dresden, 30. Dezember.
Bei der Dresdener Polizei ist die Anzeige eines Dresdener SA-Mannes eingelaufen, in der die Beschuldigung erhoben wird, daß der Dresdener Nazi-Abgeordnete Dr. Bennecke, der Leiter des geheimen Nachrichtendienstes der NSDAP ist, den Auftrag bzw. den Befehl zur Ermordung des SA-Mannes Hentsch gegeben hat.

Es steht fest, daß der Hauptverdächtige, der mit größter Wahrscheinlichkeit den Fememord organisiert und mit einer Reihe weiterer Komplizen durchgeführt hat, der SA-Führer Schenk, in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu Dr. Bennecke stand und mit ihm dauernd zusammen arbeitete.

Der SA-Mann, der die Anzeige bei der Polizei erstattete, erklärte dort: „Schenk habe mir, dem Anzeigerstatter, nachdem das Verbrechen von Hentsch bekannt geworden sei, ausdrücklich gesagt: „Der ist sicher untergebracht. Das hat Bennecke mal sein geschoben. Es war auch höchste Zeit.“

Es wird weiter berichtet, daß Dr. Bennecke seit dem 25. Dezember von Dresden verschwunden ist. Er soll sich im Riesengebirge, an der tschechischen Grenze, aufhalten.

Diese Angaben, die zwar von der NSDAP-Führung — allerdings sehr lindenlähm — dementiert werden, bestätigen erneut, was besonders auch in den Prozessen der SA-Bombenanschläge in den letzten Monaten überall erwiesen wurde, daß die ganze oberste NSDAP- und SA-Führung eine gut ausgebaute Mörderorganisation

ist. Es entspricht auch ganz der nationalsozialistischen Parteidoktrin, daß nichts ohne Willen und Befehl des „Führers“ geschehen darf. Wenn auch kaum anzunehmen ist, daß bei dem nazifreundlichen Verhalten der Polizei und der Justiz die wirklichen Drahtzieher auch an diesem Fememord durch Gerichtsverhandlung einwandfrei festgestellt werden, so kann für jeden klar Urteilenden kein Zweifel mehr bestehen, daß auch der ermordete Hentsch auf Befehl der Naziführung gekillt wurde.

Verdächtige Hemmungen beim Auslieferungsbegehren der Feme-Mörder

Die Telegraphenbüros bringen zu der Frage der Auslieferung der nach Italien entflohenen Mörder vollkommen widersprechende Meldungen. Während eine CNB-Meldung vom 30. Dezember aus Berlin besagt, daß „bis her noch kein Auslieferungsantrag bei der Reichsregierung eingegangen sei“, wird in einer Reihe anderer Meldungen behauptet, daß von Dresden bei der Reichsregierung beantragt sei, von Italien die Auslieferung der Nazi-Mörder zu fordern. Die sich widersprechenden Meldungen deuten darauf hin, daß hier wieder mehrere staatliche Instanzen gegen einander arbeiten, was offensichtlich auf den Einfluß der Nazis auf alle Regierungsbehörden zurückzuführen ist.

Die Anklage der Mutter des ermordeten SA-Hentsch

Nachdem die Leiche des ermordeten SA-Mannes Hentsch von der Staatsanwaltschaft freigegeben und nach Dresden gebracht wurde, soll die Beerdigung am Montag, den 2. Januar, erfolgen. Die Mutter veröffentlicht in der Dresdener Presse vom 30. Dezember die Todesanzeige mit einer erschütternden Anklage gegen die Nazimörderpartei. Sie weist darauf hin, daß sie sieben Wochen in Ungewißheit über das Schicksal ihres Sohnes gelassen worden ist und bezeichnet die Kreise, die ihren Sohn in einer jahre-

langen Parteitätigkeit bei der NSDAP gehalten haben, als eine

„gesunkene Menschheit“.

Sich selbst anklagend, schreibt sie:

„Ich bedauere unendlich, daß ich meinen Sohn nicht gewarnt habe, in diesen Kreisen zu verkehren... Allen Müttern möchte ich in meinem unaussprechlichen Schmerz zurufen: Schützt eure Kinder vor derartigen Elementen.“

Ausdrücklich wird in der Todesanzeige gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß Kranzspenden mit Hakenkreuzabzeichen nicht am Grabe niedergelegt werden.

Greller kann die viehische Bestialität der Hitler-Partei nicht gekennzeichnet werden, als es in diesen Meldungen und in dem Empörungsschrei einer Mutter zum Ausdruck kommt. Doch die „christliche“, ordnungsliebende Reichsregierung denkt nicht daran, gegen diese wirkliche Pestbeule am Volkskörper vorzugehen. Sie hat wichtigere Sorgen, sie muß jetzt

zur Ablenkung der Bevölkerung von diesem himmelschreienden Skandal massenhafte Kommunismusschuldungen

und eine allgemeine Verfolgung der revolutionären Arbeiterbewegung in Szene setzen. Auf gleicher Linie liegt die erneut einsetzende „Säuberungs“-Aktion gegen sozialdemokratische Beamte. Heute wird angekündigt, daß allein in der preußischen Schulverwaltung

70 höhere SPD-Schulbeamte gemäßregelt

werden sollen. Die ganze Demagogie und Heuchelei der regierungsfreundlichen Presse

Bayern-Opposition gegen die Preußenpolitik der Reichsregierung

München, 30. Dezember.

In einer Neujahrsbetrachtung, die in einem großen Teil der bayerischen Presse erschienen ist, macht der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, die Reichsregierung darauf aufmerksam, daß die wirklichen Schwierigkeiten für sie erst im Januar beginnen werden. Sie werde wissen, daß sich mit dem Schlagwort „autoritäre Regierung“ allein keine schwierigen Lagen meistern ließen. Die am 20. Juli in Preußen geschaffenen Zustände dürften keinesfalls als endgültig angesehen werden.

Den jetzigen Zustand belassen wollen, hieße Veränderungen im Reichsbau verweigern, die für den Gesamtorganismus auf die Dauer außerordentlich schädlich und unentwärtlich seien. Bayern als ein Hauptteil des außerparlamentarischen Deutschlands könne nicht zulassen, daß die Reichsreform bei der jetzigen Vereinigung der Gewalten im Reich und Preußen stehen bleibe, ohne daß auch das Verhältnis der übrigen Länder zum Reich einer grundlegenden Neuordnung unterzogen werde.

KPD-Funktionärsitzung verboten

München, 30. Dezember.

CNB. Im Kolosseum sollte gestern eine Gesamtfunktionärsitzung der KPD Groß-Münchens stattfinden. Sie wurde jedoch durch die hiesige Polizeidirektion verboten.

So lautet die lakonische Meldung des Telegraphenbüros. Die Polizeibehörden halten es nicht einmal mehr für nötig, auch nur den Versuch einer Begründung ihres verfassungswidrigen Vorgehens zu machen. „Funktionärsversammlung der KPD verboten!“ Daß es in

kommt hierbei zum Ausdruck in den Auslassungen der Hugenberg-Blätter. Obwohl die sozialdemokratischen Schulbeamten zu dem ausgesprochenen Zweck abgesetzt werden, um deutschnationalen Beamten, ehemaligen Korpsstudenten, Platz für Putterkrippen zu schaffen, wird die ganze Aktion als eine „Säuberung der Schulverwaltung von Parteibuchbeamten“ bezeichnet. Dabei leistet sich die Hugenberg-Presse noch folgende schöne Begründung: „Eine ganze Reihe von Beamten, die insbesondere wegen ihrer sozialdemokratischen Parteizugehörigkeit sich als nicht geeignet erwiesen haben... wird in den Ruhestand versetzt“. Dazu ist ein Kommentar wirklich überflüssig.

Wir haben zu diesen Vorgängen schon einwandfrei festgestellt, daß die SPD mit ihrer konterrevolutionären Politik seit der Novemberrevolution schuld an dieser Entwicklung ist und daß sie nur jetzt ihren verdienten Lohn empfangt. Das darf jedoch die Arbeiterklasse nicht abheilen, gegen diese ganze reaktionäre Politik den schärfsten Kampf zu führen. Sie muß aus den empörenden Vorgängen gerade am Schluß des Jahres die Lehren ziehen, daß sie im kommenden Jahre alle ihre Kräfte darauf konzentrieren muß,

eine einheitliche proletarische Kampffront

zu schaffen.

Kampf unter Einsatz aller Machtmittel des Proletariats und seiner Massenorganisationen gegen Kulturreaktion, Kapitalsdiktatur, und vor allem gegen ihre Hauptstütze:

gegen die Nazimörderpartei!

Deutschland eine sogenannte Versammlungsfreiheit gibt, die nach der Verfassung „garantiert“ ist, was schiert das die „Gesetzeswächter“!

Kommunistische Reichstagsanträge

Berlin, 30. Dezember.

Im Reichstag hat die kommunistische Fraktion in einem Antrag einen Reichstagsbeschuß dahin verlangt, daß die Beimischung von inländischen Fetten, insbesondere von Butter, zur Margarine in keinem Falle zur Erhöhung der Margarinepreise führen dürfe.

Nach einem weiteren Antrag der kommunistischen Fraktion soll die Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Fette und inländischer Futtermittel vom 23. Dezember d. J. mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden.

Weiter fordert die kommunistische Fraktion in einem Antrag die Auflösung des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung.

Ein anderer Antrag der kommunistischen Fraktion beschäftigt sich mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst. Es wird die Unterbindung aller Bestrebungen für seinen Aufbau und seine Durchführung gefordert.

„Nacht-Angriff“ eingestellt

Berlin, 30. Dezember

CNB. Der erst seit kurzer Zeit herausgegebene „Nacht-Angriff“, eine Spätausgabe des nationalsozialistischen „Angriffs“ wird ab morgen nicht mehr erscheinen. Zur Begründung der Einstellung des Blattes wird im heutigen „Angriff“ darauf verwiesen daß jetzt der „Völkische Beobachter“ als Berliner Morgenzeitung erscheint!

Das ist der Konkurrenzkampf Hitlers gegen den ihm zu mächtig werdenden Dr. Goebbels, dem Inhaber und Leiter des „Angriffs“.

Volksschule und Kirche

Im Niedergang des Parlamentarismus, im Wiederaufstieg der Mächte des Vormärz in Preußen erscheint es der Kirche an der Zeit, ihre Hände nach der Volksschule auszustrecken. Es ist ihr gelungen, den Religionsunterricht wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Zwar sagte der Stifter der christlichen Religion: „Selig sind die Sanftmütigen“. Aber die Kirchen verfahren nach eigenen Rezepten, die mit den Lehren Christi nicht immer viel zu tun haben.

Es ist darum auch nicht zu befürchten, daß etwa die Herren Geistlichen und die sonstigen Kircheninteressenten ihre eigenen Sprößlinge von jetzt ab der Volksschule mit ihrem ausgedehnten und nach Strich und Faden zu erteilenden Religionsunterricht zuführen werden. So ist die Sache offenbar nicht gemeint. Ihren eigenen Kindern sind die höheren Schulen gut genug, wo der Religionsunterricht nebensächlich behandelt wird, wo er nicht Hauptfach ist, und wo eine schlechte Zensur in der Religion nicht viel auf sich hat. Sie alle werden sich nach wie vor als religiöse Rabenwüter erweisen und einem wohl polierten Weg zur ewigen Seligkeit den sehr weltlichen Berechtigungschein einer höheren Schule vorziehen. Nicht Christus, Wilhelm II. ist die Richtschnur ihres Handelns: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!“

Es ist an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen worden, wie sehr die Organisationen der Lehrerschaft in dieser Angelegenheit versagt haben. Mit Rechtsverwehungen und billigen Worten von der fehlenden inneren Bereitschaft zur Erteilung des Religionsunterrichts imponiert man nun einmal den von recht unchristlicher Herrschaft befollenen kirchlichen Kreisen nicht. Der „Preussische Lehrerverein“ kann sich nicht einmal dazu aufschwingen, seinen Mitgliedern davon abzuraten, sich selbst an der Kontrolle des Religionsunterrichts zu beteiligen.

Es scheint sich im wesentlichen überhaupt nur um einen Kampf zwischen der Bürokratie und der Kirche um das Fell der Volksschule gehandelt zu haben, wobei die leitenden Stellen der Lehrerorganisationen als Anhängsel und Werkzeug der Schulbürokratie aufgetreten sind. Selbstverständlich gibt es weite Kreise in der Lehrerschaft, denen ein energisches Handeln lieber wäre. Aber die Bürokratie droht mit ihrem Maßregelungsapparat und erklärt, das Recht zur Niederlegung des Religionsunterrichts sei nicht dazu da, um die Durchführung behördlicher Maßnahmen unmöglich zu machen.

Schließlich ist es das Versagen der preussischen Lehrerschaft nur eine Folge ihrer Rechtlosigkeit und des starken Druckes, der im Arbeitsverhältnis auf sie ausgeübt wird. Wenn man gerecht sein will, so wird man nicht gut verlangen können, daß eine Beamtenschaft für ein Versagen des Parlaments gegenüber einer Diktatur nun gerade stehen soll.

Schwer rächt sich hier auch die Politik sozialdemokratischer und demokratischer Minister, die weder gewillt noch fähig waren, in der mittleren und unteren Beamtenschaft befreiend zu wirken und Recht zu schaffen in den Schulhäusern. Diese Herrschaften haben sich darauf beschränkt, den Segen von oben kommen zu lassen, ihrerseits die Drähte in die Hand zu nehmen, an denen die Marionetten einst gezogen wurden und — versteht sich — zu einem Minister- oder Staatssekretärsgehalt noch dessen Pensionenfähigkeit zu erringen. Anstatt Verhältnisse zu ändern, damit andere Menschen sich hätten entwickeln können. So ist der Apparat in der Hauptsache derselbe geblieben!

Es ist auch von Interesse, hier einmal die Frage nach der sozialistischen und kommunistischen Lehrerschaft zu stellen. Die „Freie Lehrgewerkschaft“ segelt durchaus im Fahrwasser des Reformismus. Darüber hinaus erweist sich die Abkapselung dieser aktiven

Teile der Lehrerschaft von den Massen der übrigen Lehrer und Lehrerinnen als ein Hemmnis, wenn es gilt, Einfluß zu gewinnen und die großen Organisationen zu einer konsequenten Bewegung gegen die Kirche fortzuführen. Die aktiven Teile der Elternschaft sind im „Bund der freien Schulgesellschaften“ zusammengelassen. Diese Organisation ist die Stelle, die der Kirche in dieser Situation sehr unangenehm werden könnte. Aber auch sie ist mit ihren Interessen zu ausschließlich auf die wenigen weltlichen Schulen gelenkt worden. Zu allem Unglück ist diese Elternorganisation genau in Berlin durch einen ohne ausreichende Notwendigkeit hervorgerufenen Streit zurzeit so gut wie aktionsunfähig. Hoffentlich ist dieser Spießdiener nicht auf Bestellung von kirchlicher Seite vom Zaun gebrochen worden! Die Herrschenden haben jedenfalls eine gute Vorsehung.

Nur einen Haken hat die Geschichte doch: Die Herren Geistlichen im schwarzen Rock mochten nicht gern persönlich in die Schulhäuser kommen, Mittelspersonen, Lehrer und Rektoren in besonderem Auftrag und Schulleiter sollten das Geschäft besorgen. Warum eigentlich? Sindmalen doch geschrieben steht, das Wort Gottes wirke von selber und sei schärfer denn ein zweischneidig Schwert. „O, ihr Kleingläubigen! Nun, die Frommen wissen recht gut, jeder Geistliche der zu diesem Zwecke in ein städtisches Schulhaus kommt, wäre ein Agitator für die Kirchenaustrittsbewegung. Die Kirchenaustrittsbewegung ist der Schutzwall der sich gegen kirchliche Herrschaft und vor die Schulhäuser stellt. Merkt euch das, Eltern! Eure Sache ist es, diese volksfremden und unevangelischen Kirchenleute in die Wege zu lenken, die ihr Herr und Meister sie gehen lehrte, in die Bahnen der Liebe und Sanftmut. Hier sind sie am empfindlichsten Punkte zu treffen! Darum:

Heraus aus der Landeskirche!

Für die Freilassung Tom Manns

London, 30. Dezember.

Ministerpräsident Mac Donald empfing heute in Lissieburn den Führer der Arbeiteropposition im Unterhaus Lansbury, der beim Ministerpräsidenten wegen der Freilassung des Arbeiterführers Tom Mann vorstellte. Mac Donald versprach, die Angelegenheit erneut dem Innenministerium zur Prüfung zuzuweisen.

Der alte englische Kommunistenführer Tom Mann, der sich bei der gesamten Arbeiterschaft einer großen Beliebtheit erfreut, ist vor zwei Monaten mit Hilfe einer verstorbenen Polizeibeamtin aus dem Jahre 1817 verhaftet worden.

Kongreß der Liga für Menschenrechte

Paris, 30. Dezember.

CNB. Der Kongreß der Liga für Menschenrechte wurde gestern nach einer sehr lebhaften Aussprache über das Problem der Abrüstung und der Vertragsrevision geschlossen. Die vom Kongreß angenommene Entschliessung fordert, daß die ungerechten, unmoralischen und hinfalligen Bestimmungen der Friedensverträge abgeändert werden. Sie schlägt eine tiefgreifende Modifikation des Völkerbundespaktes vor, wobei die Suprematie des Völkerbundes über die Souveränität der Staaten aufrecht erhalten werden soll. Sie wünscht bereits jetzt eine starke Herabsetzung der Rüstungen, um zu einer absoluten Gleichheit der allgemeinen völligen Abrüstung zu gelangen. Moralische Abrüstung wäre es, wenn die Grenzen fielen; im Rahmen einer europäischen Föderation sieht die Entschliessung den ersten Schritt dazu. Zum Schluß spricht sich die Resolution für die Einheit des Proletariats aus.

Verschiedene Zusatzanträge fordern u. a., daß Vereinigungen, die sich mit militärischer Vorbereitung befassen, in sämtlichen Ländern verboten werden; ferner wendet sich ein Antrag gegen die Schaffung einer internationalen Streitmacht, und einer verlangt von der französischen Regierung die Veröffentlichung der angeblichen Aktenstücke über die deutschen Geheimrüstungen.

Genosse Lehmann-Rußbüldt 60 Jahre

Unser Berliner Genosse Otto Lehmann-Rußbüldt wird am 1. Januar 1933 60 Jahre alt. Er ist einer der Mitbegründer der Deutschen Liga für Menschenrechte, der Organisation, der im wesentlichen die Aufklärung der Fälle Jakobowski und Bullerjahn zu danken ist und die seit vielen Jahren eine umfangreiche und erfolgreiche Arbeit für Strafgefangene und Staatenlose leistet.

Berühmt geworden ist Lehmann-Rußbüldt durch seine Kampfschrift „Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie“, die in zehn Weltsprachen übersetzt worden ist und ihm den Haß der herrschenden Klassen eingetragen hat. Er ist eins der jüngsten Opfer des neupreußischen Militarismus; als er kürzlich nach Dänemark fahren wollte, um dort einen Vortrag über die Verflechtung und Zusammenarbeit der internationalen Rüstungskapitalisten zu halten, erschienen bei ihm zwei Polizeibeamte und nahmen ihm seinen Paß ab, um seine Reise ins Ausland zu verhindern.

Nazimörder aber „Rotmord“-Geschrei

Essen, 29. Dezember.

Am 24. Dezember wurde in Bottrop der Bergarbeiter Vinzenz Szotok vor seiner Haustür erschossen. Szotoks Schwager, der SA-Mann Hermann Kondura, befand sich zur gleichen Stunde in der Wohnung des Ermordeten. Die beiden waren in einen Streit geraten, der sich dann scheinbar vor der Haustür fortsetzte und erwählten Ausgang nahm. Die Polizei nahm zunächst zwei kommunistische Arbeiter fest, die später aber ihr Alibi erbringen konnten und freigelassen werden mußten. Die nationalsozialistische Presse hat diesen Vorfall zu einer schamlosen Hetze gegen die Arbeiterschaft benutzt. Wir lassen hier eine Anzahl Pressestimmen folgen, die die ganze Verlogenheit der nationalsozialistischen Demagogie ins rechte Licht rückt.

Der „Angriff“ (dreispaltige Ueberschrift): „Grauenhafte kommunistische Bluttat in Bottrop — Ein Bergmann unter dem brennenden Weihnachtsbaum erschossen.“

Der „Völkische Beobachter“ (sechsspaltige Ueberschrift): „Die kommunistische Mordseuche wütet weiter, trotz autoritärer Staatsführung.“

„Herr Reichskanzler, warum rotten Sie das kommunistische Mordgesindel nicht aus, damit das anständige Deutschland unterm Weihnachtsbaum seines Lebens sicher ist?“

Die Essener „Nationalzeitung“: „Rotmord tobt sich aus — Viehischer Mord am heiligen Abend an einem Mitglied der NO-Betriebszellenorganisation.“

„Die Erregung der SA-Männer und Parteigenossen des Industriegebietes ist auf den Siedepunkt gestiegen, wir haben Worte satt. Wenn wir keine Taten zum Schutz der vom Sowjetterror Bedrohten sehen, müssen Dinge geschehen, für die wir jede Verantwortung ablehnen. (Sperrungen im Original.)“

Soweit die nationalsozialistischen Hetzer. Die Angelegenheit hat jetzt eine überraschende Wendung genommen. Die kommunistische Presse ist in der Lage den Nachweis zu führen, daß der ermordete Szotok Mitglied des kommunistischen Bergarbeiterverbandes war und der NO-Betriebszellenorganisation überhaupt nicht angehörte. Die Umstände am Tatort lassen sich im übrigen nur dahin erklären, daß der wirkliche Täter in dem Schwager des Ermordeten, dem SA-Mann Kondura, zu suchen ist. Er hat diesen Verdacht inzwischen selbst bestätigt, da er seit zwei Tagen flüchtig ist. Damit hat sich wieder einmal eine der nationalsozialistischen Greuelgeschichten als Legende erwiesen. E. H.

Ein neuer Angriff der Schulreaktion

Umbau der Preussischen Schulverwaltung

Im Rahmen der Preussischen „Verwaltungsreform“ soll jetzt, wie die Presse meldet, die Preussische Schulverwaltung vollends der Reaktion ausgeliefert werden. Die Regierung beabsichtigt, die Provinzial-Schulkollegien den Oberpräsidenten zu unterstellen, und in diesem Zusammenhang unter dem Deckmantel von Sparmaßnahmen eine Reihe sozialdemokratischer Schulaufsichtsbeamter in den Wartestand zu versetzen. Mit der Durchführung dieser Pläne wird die Regierung noch vor dem 1. Januar beginnen. Wie es um die angelegte Ersparnis bestellt ist, beweist die Tatsache, daß den betroffenen Beamten vom 1. Januar bis 1. April das volle Gehalt gezahlt werden soll; erst vom 1. April ab erhalten sie ihre Wartestandsbezüge. Die Reaktion hat es sehr eilig und will jedenfalls die Vorbereitungen für das neue Schuljahr schon von neuen Männern durchführen lassen.

Von besonderer Bedeutung ist diese Maßnahme für den Bereich des Provinzial-Schulkollegiums von Berlin und der Provinz Brandenburg. Unter dem sozialdemokratischen Kultusminister Grimme wurde diese Behörde, in der bis dahin noch unumschränkt die Reaktion herrschte, „reformiert“. Diese Reform bestand lediglich darin, daß an die Stelle einiger reaktionärer Beamter sozialdemokratische Schulmänner gesetzt wurden, die aber in ihrer Praxis fast gar nicht von den althergebrachten Methoden abwichen. Wir wollen einige Tatsachen nennen, die das beweisen. Die Anstellung der dissidentischen Schulamtsbewerber wurde in Preußen selbst von ganz reaktionären Regierungen durchgeführt; lediglich die Schulaufsichtsbehörde des „roten“ Berlin mit seinen über 50 weltlichen Schulen degradierte die dissidentischen Junglehrer zu Staatsbürgern zweiter Klasse. Noch in den letzten Wochen hat die Regierung Magdeburg die Anstellung von mehreren dissidentischen Schulamtsbewerbern verfügt. Den Berliner Junglehrern wurde zwar oft versprochen, daß ihre Anstellung unter allen Umständen von dem Sozialdemokraten Koenig veranlaßt würde. Die Loyalität der Sozialdemokraten gegenüber dem Staatsapparat ging aber so weit, an der Entreehung der dissidentischen Junglehrer auch jetzt noch festzuhalten, nachdem selbst deutsche nationale Regierungen ihre Anstellung als berechtigt anerkannt hatten. Auf diesen unerhörten Skandal müssen die Eltern und Lehrer an den weltlichen Schulen einmal die famosen sozialdemokratischen „Schulreformer“ hinweisen.

Als kleine unscheinbare Notiz ging dieser Tage durch die Presse die Meldung, daß von den elf Gemeinschaftsschulen, die bisher in Berlin, wenn auch nur dem Namen nach bestanden, sechs Schulen ihren Charakter als Versuchs- und Gemeinschaftsschulen verloren haben. Auch bei dieser Tatsache scheinen sich die Sozialdemokraten nicht recht wohl zu fühlen. Wir verstehen, warum. War doch die Errichtung der 11 Gemeinschaftsschulen ein Teil der Paulsenschen Schulreform, das Glimmerstück der sozialdemokratischen Schulpolitik im „roten“ Berlin. Man hat oft in Elternversammlungen und gegenüber auswärtigen Pädagogen und Schulpolitikern auf die teilweise sehr fortschrittliche Tätigkeit dieser Schulen verwiesen. Nun, dieser Schulversuch hatte sehr große Schwächen; allzusehr waren die Versuchsschulen nur Ausstellungsschulen, die den Zustand der großen Masse Berliner Volksschulen nur überdecken sollten. Und selbst an diesen sogenannten Versuchsschulen war der Rahmen für fortschrittliche Schularbeit sehr eng gezogen. Die Schulen waren an die stofflichen Ziele der Richtlinien für die Normalschulen gebunden. Sie hatten keine Wahlkollegien und die Bezirksschulverwaltungen haben dafür

gesorgt, daß heute ein großer Prozentsatz der dort tätigen Lehrkräfte solche Lehrer sind, die von den Plänen Paulsens und den Ideen der proletarischen Gemeinschaftsschule keine Ahnung haben, geschweige den Willen, auf dem Boden dieser Grundsätze zu arbeiten. An der Mehrzahl der einst errichteten Versuchsschulen wird nun die fortschrittliche Arbeit endgültig begraben; und verantwortlich dafür ist — das Berliner Provinzial-Schulkollegium unter dem sozialdemokratischen Vizepräsidenten Koenig.

Diese beiden Tatsachen zeigen zur Genüge, daß die Schulpolitik des bisherigen Provinzial-Schulkollegiums alles andere als fortschrittlich war. Die Unterstellung dieser Behörde unter den Oberpräsidenten und die damit in Zusammenhang stehenden Personalveränderungen sollen der Schulreaktion den Weg frei machen für Besetzung aller Reste von Schulreform. Die Affäre des deutschen nationalen Lehrers Kliewer, die dieser Tage im Landtag eine Rolle spielte, zeigt, wohin der Kurs geht. Der gute Mann ist deutschnationaler Abgeordneter und hervorragender Bienezüchter, im Nebenberuf — Schulmeister. Der kommissarische Kultusminister Kähler verfügte kurzerhand, daß er aus Hinterpostern nach Berlin versetzt werde, in eine „ihm zuzugewandte“ Stelle.

Die proletarischen Eltern müssen wissen, daß es hier um das Schicksal ihrer Kinder geht. So dürftig auch die Errungenschaften im Berliner Schulwesen sind, es muß gegen jeden weiteren Fortschritt der Schulreaktion angekämpft werden. Es zeigt gerade die Unfähigkeit der Sozialdemokratie, daß in diesen entscheidenden Tagen die Organisation durch sozialdemokratische Funktionäre zerschlagen wurde, deren Aufgabe die Abwehr der Schulreaktion sein soll, der Bund der freien Schulgesellschaften. Daher fordern wir die Wiederherstellung der Einheit dieser Organisation und die Sammlung aller proletarischen Eltern und fortschrittlichen Lehrer auf dem Boden proletarischer Schulpolitik. Br.

Auslands-Rundschau

Nationale Regierung in Irland

London, 30. Dezember.

Der Bürgermeister von Dublin, Alfred Byrne, teilte gestern abend in einer Rede in Dublin mit, daß eine Bewegung im Gange sei, die auf die Bildung einer „nationalen“ Regierung im Irischen Freistaat abzielt, an der sich Mitglieder aller Parteien des Landtages und des Senats beteiligen sollen. Aufgabe dieser Regierung würde u. a. die Regelung des Streites mit der britischen Regierung wegen der Landannuitäten und die Beilegung des englisch-irischen Zollkrieges sein.

Neuer Botschafter Sowjetrußlands in China

Nanking, 30. Dezember.

Die chinesische Regierung hat zur Ernennung des ehemaligen Botschaftsrats Bogomoloff zum Botschafter Sowjetrußlands in China ihr Agrément erteilt.

Die Schweiz weist aus

Bern, 30. Dezember.

Der Bundesrat hat den deutschen Reichsangehörigen Heinrich Friedrich wegen Gefährdung der Landessicherheit aus der Schweiz ausgewiesen. Friedrich, der 1894 in Goldberg in Schlesien geboren ist, ist Funktionär des Internationalen Propaganda- und

900 Prozent Nazisteuer

Dresden, 30. Dezember.

Das anhaltische Staatsministerium versendet an die Presse eine amtliche Nachricht, aus der hervorgeht, daß sich das Staatsministerium veranlaßt sehe, die Sätze der Bürgersteuer in Anhalt für das Jahr 1933 von 600 Prozent auf 900 Prozent zu erhöhen. Zur Begründung dieser einschneidenden Maßnahme wird angeführt, daß die Zahlung der Wohlfahrtsunterstützungen ernstlich in Frage gestellt sei, und nur auf diese Weise sich die Möglichkeit ergäbe, die Zahlungen in der bisherigen Höhe weiter aufrecht zu erhalten. Steuergesetzlich sei ein anderer Weg, den Gemeinden schnellstens Geldmittel zu verschaffen, nicht gangbar, nachdem das Staatsministerium mit seinen Vorschlägen wegen der sozialen Staffellung der Bürgersteuer und Erhebung einer Wohlfahrtsabgabe von den höheren Einkommen vom Reichsfinanzministerium abschlägig beschieden worden sei.

Amnestie in Theorie und Praxis

Lobberich, 30. Dezember.

D. d. (Eigener Bericht der SAZ.) Nach der jüngsten Amnestie sollen Vergehen aus wirtschaftlicher Not nicht weiter strafrechtlich verfolgt werden. So lautet die Theorie, die Praxis ist indessen anders. Hier war ein erwerbsloser Vater, der 7 Kinder zu versorgen hat, in einigen Fällen erwacht worden, als er Lebensmittel über die holländische Grenze schmuggelte. Da seine Schmuggelware nur kleine geringfügige Mengen umfaßte, die er zum notwendigen Unterhalt seiner nunköpfigen Familie verwenden wollte, hoffte er auf Amnestie. Das Schöffengericht belehrte ihn eines anderen; wirtschaftliche Notlage könne infolge der mehrfachen Wiederholung seines Schmuggels nicht anerkannt werden. Es verurteilte den um das nackte Leben kämpfenden zu einem Monat Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe. — Was mag wohl das Gericht unter wirtschaftlicher Notlage verstehen?

Deutsch-französische Handelsvereinbarungen

Berlin, 30. Dezember.

CNB. Zu den gestern im Auswärtigen Amt unterzeichneten neuen deutsch-französischen Handelsvereinbarungen, deren Text heute wie angekündigt im Reichsanzeiger veröffentlicht wird, erfahren wir von zuständiger Stelle:

Die ersten vier Artikel des Zusatzabkommens zum Handelsvertrag regeln die Frage der Meistbegünstigung. Praktisch ist die gegenseitige Meistbegünstigung voll, aufrecht erhalten worden. Die gegenseitig Meistbegünstigten Waren sind in zwei Listen, die dem Abkommen beigelegt sind, enthalten.

Das wichtigste des Abkommens ist der Art. 5, der die Bestimmungen über die Auflockerung der Tarifanlagen des Handelsvertrages enthält. Die neue Regelung läßt zwar die Listen des alten Abkommens bestehen und legt keine Änderung der Sätze fest, aber jedem Vertragspartei ist jetzt die Möglichkeit gegeben einzelne oder mehrere Positionen mit 14 tägiger Frist aufzukündigen.

Der englisch-persische Oelstreit

Teheran, 30. Dezember.

(Reuter.) Die persische Abordnung, die zur Behandlung des Streits um die Konzession der Anglo-Persian-Oil-Company nach Genf abreist, wird am 31. Dezember Teheran verlassen. Als Vertreter des persischen Ministeriums des Aeußeren wird Nasrolla Khan die Abordnung begleiten. Hofminister Teymurtasch, der am 25. Dezember seinen Rücktritt erklärt hat, ist vom Schah wegen der d'Arcy-Konzession befragt worden.

Aktionskomitees der Bauarbeiter und hat seinen Wohnsitz in Berlin. Er war während des Streiks der Heizungsmonteure im Mai und Juni 1932 im Auftrag des genannten Komitees auf dem Büro der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ in Zürich tätig und sandte auch von Berlin aus Weisungen für die Durchführung des Streiks.

Junkerideal

Abschaffung der Barlöhne für die polnischen Landarbeiter

Warschau, 30. Dezember.

ON. Die ostpolnischen Großgrundbesitzer haben der Regierung vorgeschlagen, ihnen zu erlauben, den bei ihnen beschäftigten Landarbeitern anstelle des Barlohns nur noch Deputate zu geben und außerdem ihnen je ein Stück Land zur Ausnutzung zu übergeben.

Die Landarbeiter wenden sich sehr heftig gegen die Abschaffung jeder Barenlohnung, da sie in Ostpolen wegen der schlechten Wege und der großen Entfernungen zu den Städten sowie wegen des Ueberflusses an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht die geringste Aussicht haben, ihre Produkte abzusetzen und so Bargeld wenigstens zur Anschaffung von Kleidung und anderen notwendigen Dingen zu erlangen.

Hier werden die deutschen Junker mit Vergnügen von den polnischen Schlachzigen lernen.

Polizei sperrt ein Kind sechs Tage ein

Berlin, 30. Dezember.

Erst heute wird uns ein skandalöser Vorfall aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit bekannt, der in der Öffentlichkeit das allergrößte Aufsehen erregen dürfte. Die Polizei hat am 22. Dezember den vierzehnjährigen Arbeiterjungen Günther Laude aus der Pulbusser Straße 8 festgenommen mit der Beschuldigung, der Junge habe sich an einem Lebensmittelraub beteiligt. Das vierzehnjährige Kind wurde nach einem vorübergehenden Aufenthalt im Jugendgefängnis zusammen mit vier anderen jugends im Alter von 15 und 18 Jahren in das Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht. Dort wurde der Junge, ein blasses, schmales, unterernährtes Kind, während der Weihnachtsfeierlage festgehalten und als Untersuchungsgefangener Nummer 6117 in der Zelle 17 eingesperrt.

Das Kind wusste nicht, was es verbrochen hatte, und was man mit ihm vor hatte, da es sich keiner Schuld bewußt war.

Der Junge schrie stundenlang, tags und nachts vor Angst.

Er hatte eben vorher durch einen glücklichen Zufall Arbeit als Botenjunge in einer Druckerei gefunden und war vom Arbeitstisch von Polizeibeamten weggeholt worden. Am 28. Dezember erst, nach sechs Tagen, wurde der Vierzehnjährige aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit entlassen, nachdem die Polizei bei seinen Eltern eine Haussuchung vorgenommen und als verdächtigsten Fund ein Paket Pfefferkuchen entdeckt hatte, den Frau Laude selbst gebacken hatte.

Selbstverständlich hat der Junge seine Arbeit sofort wieder verloren.

Dieser Vorgang ist selbst für das Deutschland von heute, das für eine Million von Jugendlichen weder Arbeit noch Brot hat, ein beispielloser Skandal. Gegen die dafür verantwortlichen Beamten muß eine Untersuchung eingeleitet werden.

Kath. Kirche fühlt sich getroffen

Wie es zu den Krawallen im Deutschen Theater kam

Die „Welt am Abend“ veröffentlicht folgende interessante Darstellung, wie es zu den Krawallen im Deutschen Theater in Berlin kam:

„Führende katholische Kreise haben von Anfang an mit Hilfe der Presse gegen das Schauspiel „Gott, Kaiser und Bauer“ im Deutschen Theater Sturm gelaufen. Man wurde beim Polizeipräsidium vorstellig und verlangte, das Stück möge einfach verboten werden. Daraufhin wurde gesagt, es sei zweckmäßig noch abzuwarten, ob sich bei den nächsten Vorstellungen des Werkes ein Protest seitens des Publikums erheben werde. Daraufhin sind die bestimmten Kreise sofort an die Arbeit gegangen.

Man ging ins katholische Gesellenhaus in der Stresemannstraße und mietete sich 15 Arbeitslose vom katholischen Gesellenverein, drückte jedem Geld in die Hand mit dem Auftrag, sich eine Eintrittskarte für die Abendvorstellung des Deutschen Theaters zu verschaffen, um sie durch Pfeifen und Zwischenrufe zu stören.

Die Arbeitslosen, die froh waren, wieder einmal ins Theater zu kommen, versuchten es auch am Dienstag in der Abendvorstellung des Deutschen Theaters, es klappte aber nicht so, wie es sollte, vielleicht weil sie keine Stinkbomben und weiße Mäuse mitnahmen.

Außer den 15 Arbeitslosen sah man in dieser Vorstellung auch Ministerialrat Dr. Klausener (den Führer der katholischen Aktion. Die Red.), den Jesuitenpater G. Siebers von der Clemensgemeinde, den Kaplan Adolf, der übrigens ganz kräftige Worte in den Mund nahm, und noch ein paar andere Leutchen.

Durch die bestellten und bezahlten Radautmacher wollte man erreichen, daß der Eindruck erweckt wird, als ob das Publikum das Werk gemein empfinde, um eine Handhabe für das Verbot durch die Behörden zu schaffen.“

Das Gegenteil war übrigens der Fall, das bezeugte der lange Beifall.

Auch am Mittwoch hat man wieder zur Abendvorstellung 15 Mann mit demselben Auftrag geschickt, diese Leute wurden kurzerhand vom Publikum an die Luft gesetzt.“

Neue Fahrten des „fliegenden Hamburgers“

Eine Meldung besagt: Der neue Schnelltriebwagen der Reichsbahn hat am Donnerstag vormittag eine neue Fahrt nach Hamburg unternommen, zu der Vertreter der Behörden, der Wirtschaft und Wissenschaft als Gäste geladen waren.

Eine zweite Meldung besagt: „Der „fliegende Hamburger“ ist mit den Vertretern der in- und ausländischen Presse fahrplanmäßig um 15.05 Uhr aus Hamburg abgefahren und pünktlich 17.35 Uhr ohne Zwischenfall wieder auf dem Lehrter Hauptbahnhof eingetroffen. Der Zug hat die 286 km lange Strecke Berlin-Hamburg in 2 Stunden 30 Minuten zurückgelegt und seine Fahrzeit vom Vortage, an dem er eine Anzahl von Vertretern der Behörden beförderte, um fünf Minuten unterboten. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 130 km, auf freier Strecke wurde eine Stundenhöchstgeschwindigkeit von 165 km entwickelt.

Meinen Freunden ein herzliches
Prosit Neujahr 1933!



Rückblick am Silvester

Heute Abend wird der Bürger und der Kleinbürger zum Gebimmel der Glocken und zum Klang der Orgel, nachdem er mehr oder minder „erbauende“ und „erbauende“ Worte irgendeiner Platten, irgendeines der Vertreter der verschiedensten religiösen Gruppen und Gruppen, Abteilungen und Abteilungen sich angehört hat, nach „innewandter Rückschau“ (wie das so schön in der Sprache des Bureaus heißt) halten. Er wird dann den Jahresabschluss „würdige“ und nach alter deutscher Sitte beginnen und raue Mengen an Alkohol verfügen, um dann randalierend und schreiend allerlei Unfug in den Straßen zu treiben.

Die Lokale werden heute, wie alle Jahre, abgedunkelt sein, man wird trinken, gut essen und tanzen, man wird, und das gilt insbesondere für den Kleinbürger, versuchen, sein eigenes Elend im Silvestertumel zu erstickern.

Währenddessen sitzen Tausende und Aber-tausende von Proletenfamilien in ihren ungeheizten Lochen von Wohnungen im Dunkeln, weil die paar Pfennige von der Wohlfahrt und der Fürsorge zur Beleuchtung nicht hinreichen. Und die Mutter zerbricht sich wie an allen anderen Tagen den Kopf, wie sie morgen die hungertüchtigen Mäuler ihrer Kinder stopfen kann, oder sie hängt darum, wie sie das nötige Geld für die Wohnungsmiete aufzutreiben soll.

Und so sitzen sie, grübeln darüber nach, was das verflissene Jahr an Hunger, Elend und Unterdrückung ihnen und ihren Klassen-genossen gebracht hat.

Breslau gehört zu den deutschen Städten, die am schärfsten von der Wirtschaftskrise betroffen wurden, die mitten in den Strudel des kapitalistischen Wirtschaftszusammenbruchs hineingezogen worden ist. Nur noch wenige Wochen, und auf

jeden dritten Breslauer kommt ein Erwerbsloser.

War es da ein Wunder, daß sich hier bei uns mit am schärfsten die politischen Gegensätze, die Klassengegensätze zuspitzen, daß mit dem Aufblähen der revolutionären Welle und des revolutionären Widerstandes der Terror und der Druck der ordnung- und ruherhaltenden Staatsorgane gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft ins fast Unerträgliche wuchsen?

War es verwunderlich, daß das Kapital und das Bürgertum die braunen Söldlinge des Hitlerfaschismus in der Gestalt der SA und SS gegen das revolutionäre Proletariat einsetzten und daß der braun-weiße Terror gerade in Breslau und in Schlesien mit solch ungeheuren Schrecken einsetzte?

Unzählige Klassengenossen sind von den braunen Mordbanditen Viehisch mißhandelt und bestialisch und feige hinterücks ermordet worden. Denkt an den Klassengenossen Bassy in Kreuzburg, denkt an Posempa und Ohlau, denkt an die in Breslau meuchlings erschossenen Genossen Günther und Pusch, denkt an den Reichsbannerkameraden Tilke, denkt an unseren Genossen Gorisch, der in der Bergstraße durch mehrere Brustschüsse schwer verwundet wurde.

Vergeßt nicht die Unzahl von Ueberfällen auf Arbeiterhäuser, auf Wohnungen links-

stehender Funktionäre, auf die Attentate, deren endlose Kette zu lang ist, um hier aufgezählt zu werden.

Und als dann die langsam erwachende und sich langsam regende Kraft des Proletariats den Terror aus eigener Kraft zurückdrängte, weil die Arbeiterschaft einsah, daß man hinter dem blauerockten Rücken der Schupo keinen Schutz findet, setzte der Justizterror ein.

Die Arbeit der Sondergerichte begann. 151 Personen wurden in Breslau vor das Sondergericht gestellt. 107 Klassenbewußte Arbeiter, 26 Unpolitische und nur 23 Nazis. Läßt sich besser das Klassen-gesicht der Breslauer Justiz enthüllen, als durch diese Zahlen?

107 gegen 26.

Noch krasser, noch deutlicher wird der Klassencharakter unrißsen, wenn man das Gesamt-lotz der verhängten Strafen des Sonder-gerichtes in Breslau sich vor Augen hält. Ins-gesamt sind gegen klassenbewußte Proleten an Gefängnisstrafen

24 Jahre und 7 Monate verhängt worden, gegen Angehörige der NSDAP nur 28 Monate.

Proletarier und Proletarierinnen, merkt euch diese Zahlen und hämmert sie allen ein, die noch glauben, von einem bürgerlichen Gericht „Recht“ zu erhalten.

Und dann grübeln sie, die Ausgestoßenen, die nicht teilhaben an den Ueberflüssen, die die Natur und die Industrie erzeugt, über das namenlose Unrecht, das allen denen geschah, die es wagten, ihren Unwillen in Hunger-demonstrationen zur Schau zu tragen. Ihre Hungerrufe wurden mit dem Gummiknüppel erstickt,

Ja, der Gummiknüppel

Denkt ihr noch, Genossen, an den ersten Mai, als die Hüter der Ordnung am Frei-burger Bahnhof in Gummiknüppelattacken schwebelten? Denkt ihr noch, als ihr vor dem Rathaus nach Brot, Kleidung und Arbeit rief und wie eure Hungerrufe aber mit dem Poli-zeknüppel erstickt wurden, und als ihr auf der Tribüne des Rathauses protestiertet — warf man euch kurzerhand hinaus.

Ja, wenn wir als Proleten einzig wären! Wenn nicht noch Tausende den Heißlehren des Reformismus nachließen!

Wie war das doch damals, als sich große Teile des Breslauer Proletariats zu einer Einheitsfront zusammenfanden? Sie gab unzähligen die Hoffnung auf eine wirklich geschlossene Kampffront der Arbeiterschaft.

Doch diese Front wurde zerschlagen. Sie wurde durch die Engstirnigkeit einer Partei-bürokratie, nämlich die der KPD, zerschlagen.

Aber warum grübeln? Ein neues Jahr liegt vor uns, ein Jahr voller harter Kämpfe. Die Wirtschaftskrise wird sich weiter vertiefen. Die Klassengegensätze werden sich zuspitzen. Die Konterrevolution und die Reaktion werden versuchen, weiter vorzustoßen.

Und da stehen wir als kleines Häuflein zwischen dem noch allzu großen Lager des Reformismus und dem Lager derer, die un-belehrbar und stur am ultralinken Kurs zum Verderben der Arbeiterschaft festhalten — und riesig türmen sich die Aufgaben vor uns auf.

Doch unverzagt, ein neues Jahr bricht an — greift zu, Prolet!

Damit auch bei uns die roten Fahnen über einem befreiten Sowjetdeutschland wehen und wir in der sozialistischen Aufbauarbeit unseren russischen Brüdern an die Seite treten können.

Der Chauffeurmord bei Grünberg aufgeklärt

Der Täter erschießt sich auf der Flucht

Der Raubmord an dem Chauffeur Paul Sarnowski aus Neusalz, der in der Nacht zum 9. Oktober d. J. in seinem Auto bei Grünberg erschossen wurde, hat eine sensationelle Aufklärung gefunden. Bei einer Einbrecherjagd in Berlin am Luisen-ufer erschloß sich einer der Verfolgten, der 30-jährige Arbeiter Eugen Pieper, auf der Flucht, als er sah, daß er nicht mehr entkommen konnte. Unter dem Verdacht der Mittäterschaft wurde seine Begleiterin, die 20-jährige Erna Trachmann festgenommen und dem Polizeipräsidenten zugeführt. Bei der Durchsuchung der Wohnung des Pieper, der im Hause Alte Jacobstraße 29 mit dem Mädchen unangemeldet wohnte, fand man neben Aufzeichnungen seiner Straftaten auch in einem Brief die sensationelle Selbstbezeichnung, daß Pieper in der Nacht zum 9. Oktober bei Grünberg den Chauffeur Paul Sarnowski erschossen habe und die Trachmann, die aus Schertendorf bei Grünberg stammt, Zeugin der Tat gewesen sei. Das Mädchen hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Zum Verkehrsunfall am Museumsplatz

Zum gestrigen Verkehrsunfall am Museumsplatz, Ecke Höfchenstraße, bei dem eine Frau getötet und eine andere schwer verletzt wurde, teilt die Polizei noch folgendes mit: Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen dürfte den Führer des Lastkraftwagens die Schuld an dem Unfall treffen, weil er die Bestimmungen über das Vor-fahrtsrecht auf einer Kreuzung mit gleichwertigen Straßen außer Acht gelassen und anscheinend auch die Gewalt über sein Fahrzeug verloren hat. Es wurde bei dem Lastkraftwagen auch eine schlechte Beschaffenheit der Bremsen festgestellt.

Am herrigen Vormittag fand im Beisein eines Vertreters der Staatsanwaltschaft und der Polizei ein Lokaltermin an der Unfallstelle statt. Es wurden verschiedene photographische Aufnahmen gemacht. Das Gitter an der betreffenden Stelle ist bei dem Unfall umgelegt worden. Das Lastauto ist ein ab-gefahrener Wagen, der sich in einem völlig unzureichenden Zustande befand und dessen Bremsen bei Besichtigung im Hofe des Polizeipräsidenten absolut nicht funktionierten. Lediglich die Gummireifen des Wagens sollen noch den Anforderungen der Verkehrsvorschriften entsprechen haben. Der Personkraftwagen, der bei dem Unfall ebenfalls erheblich beschädigt wurde, ist der Polizei bekannt, doch soll den Führer des-selben keine Schuld treffen.

Der Konsum- und Sparverein-Vorwärts macht „frohe Feierstunden“

In einem Rundschreiben gestattete sich die Verwaltung, alle besoldeten und ehrenamtlichen Mitarbeiter nebst ihren Angehörigen zu einer „frohen Feierstunde“ für den 27. Dezember 1932 in den großen Saal des Zoologischen Gartens einzuladen. Eintrittspreise (0,20 Pfg. für Erwerbstätige, Erwerbslose frei) waren niedrig, dafür nahm man aber für Speise und Trank angemessene Preise. Das reichhaltige Unterhaltungsprogramm (nichts für Klassenkämpfer!) und ein Tänzchen gaben dem Gesamtbild ein Gepräge, das bürgerlichen Umgangsformen allzu sehr ähnelte.

Sekretär Steffen, dem die Beweihräucherung der großen Kanonen, insbesondere die großen Verdienste (natürlich in der Jetztzeit) des überall so „beliebten“ Voigt, oblag, schmeichelte den Angestellten und Arbeitern und stellte zuletzt fest: „Wir müssen und menschlich näher kommen“ — und was der Phrasen noch mehr waren.

Tonangebend war das Freiheitszeichen. Was bezweckt man mit diesen Feierstunden?

Soll etwa der Umsatz durch solche bürgerliche Mätzchen gesteigert werden? Oder will man die Sparrer in gute Laune bringen?

Solche kapitalistische Methoden lehnt der proletarische Käufer ab.

Uebrigens sollen diese Feierstunden in der Umgebung von Breslau schon mehrfach stattgefunden haben. Man will also auch noch die einzelnen Abteilungen in Breslau damit beglücken.

Dir steht Großes bevor, lieber Käufer!

Mitglieder, merkt ihr was! Man macht stille Propaganda für den neuen Vorstand. In den kommenden Abteilungsverfassungen, Vertreter- und Genossenschaftstagen muß dieses „Ankurbeln der Wirtschaft“ genau unter die Lupe genommen werden. Es gilt nicht Feste zu feiern, sondern Sorge zu tragen, daß die Verpflichtungen gegenüber der Mitgliedschaft in kürzester Zeit erfüllt werden. Wenn die schönen Worte „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ Sinn haben sollen, dann muß man endlich aufhören, graue Worte der Theorie zu prägen, sondern auch mal Taten folgen lassen.

SAP-Generalversammlung

Ortsgruppe Breslau

Der Vorstand beruft hiermit die ordentliche General-Versammlung der Sozialistischen Arbeiter-Partei, Ortsgruppe Groß-Breslau für Montag, den 9. Januar 1933, im großen Saal des Bergkeller, Beginn 19.30 Uhr, ein.

Tagesordnung:

1. Berichte
 - a) des Vorstandes
 - b) des Kassierers
 - c) der Revisoren
 - d) der Geschäftsleitung der SAZ.
2. Neuwahlen:
 - a) des Vorstandes
 - b) der Pressekommission
 - c) des Bildungsausschusses
 - d) der Redakteure
 - e) des Parteisekretärs

Anträge außerhalb der veröffentlichten Tagesordnung, die in der General-versammlung zur Beratung kommen sollen, müssen drei Tage vor Stattfinden der General-Versammlung dem Vorstand unterbreitet und von diesem in der Parteizeitung veröffentlicht werden. Die General-Versammlung beschließt darüber, ob sie behandelt werden.

Zutritt nur mit gültigem Parteimitgliedsbuch.

Der Parteivorstand Breslau.

„Religion und Vaterlandsliebe“

Zum Jahresschluß veranstaltete die Gruppe Erlöser-Gemeinde der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ eine Festversammlung. Eine solche Versammlung nationalsozialistischer Gemeindeglieder ist uns recht gleichgültig. Lediglich der Umstand, daß bei dieser Gelegenheit einige recht interessante Reden gehalten wurden, veranlaßte zu näherer Betrachtung.

Von jeher ist die Religion in ganz besonderem Maße in den Kreisen des Klein-bürgertums verankert gewesen. Es wäre falsch, zu glauben, daß mit der steigenden Not diesen Schichten die Unsinnigkeit ihrer religiösen Ueberzeugung klar werden würde. Ganz im Gegenteil! „Das soziale Nieder-gedrücktsein der werktätigen Massen, ihre scheinbar absolute Ohnmacht gegenüber den blinden Kräften des Kapitalismus, der den gewöhnlichen arbeitenden Menschen täglich und stündlich tausendmal mehr fürchterliche Leiden und entsetzliche Qualen zufügt als alle außerordentlichen Ereignisse, wie Krieg, Erdbeben usw.“ — das ist es, worin die tiefste heutige Wurzel der Religion zu suchen ist.“ Der Nationalsozialismus wäre keine Bewegung des Kleinbürgertums, wenn er nicht in seiner Stellung zur Religion alle Merkmale der klein-bürgerlichen Geisteshaltung zeigen würde.

In diesem Sinne waren die Reden der geistlichen Herren bei den „Deutschen Christen“ gehalten.

„Gottes Wille hat uns als Deutsche geboren werden lassen. Gott ist der feste Untergrund jeden Staates.“

„Religion und Vaterlandsliebe sind die beiden Mittelpunkte des Lebens, die sich nicht verschieben lassen.“

Und der Höhepunkt:

„Mit der Frage nach Gott kommen wir los von äußeren Nöten.“

„Es geht gegenwärtig um Glauben oder Unglauben, es handelt sich heute um Christentum oder Bolschewismus.“

In diesen wenigen Zitaten zeigt sich in allmählicher Steigerung die Rolle, die der Faschismus kraft seines kleinbürgerlichen Ur-

sprunges und infolge seiner besonderen Auf-gabe im Dienste des Klassenkampfes der Großbourgeoisie der Religion, der evangelischen Kirche im besonderen, zuweist. Zu-nächst wird die Zwangseinrichtung des Staates zu einer Einrichtung umgeformt, die allein dem unerforschlichen Willen einer Gott-heit entspringen sei. Wer darf, wenn Gott selbst die Grundlage des Staates ist, gegen seine Worte zu treten wagen! Den ratlos vor dem Tatbestand der Wirtschaftskrise und vor der Zerstörung ihrer bisherigen gesellschaftlichen Positionen stehenden Kleinbürger wird feierlich versichert, daß man durch die Frage nach Gott von den äußeren Nöten erlöst wird. Daraus ergibt sich für die Kleinbürger eine Kampfstellung gegen alle Mächte, die gegen die Religion, die ihnen materielle Erlösung verspricht, gerichtet sind. Darum konnte auch am Schluß der Ausführungen der Nazisplaffen die Aufforderung zum Kampf gegen den Bol-schewismus stehen.

Die Nationalsozialisten haben richtig er-kannt, wie groß gerade gegenwärtig die Macht der Religion im Kleinbürgertum ist. Gleichzeitig aber mußten sie erkennen, daß mit der Zerstörung der religiösen Illusionen

das letzte, vielleicht stärkste Bollwerk, das den Mittelstand an der richtigen Erkenntnis seiner Lage hindert, fallen würde. Daraus ergeben sich ganz besondere und wichtige Aufgaben für die Freidenkerbewegung. Es kommt dar-auf an, den Kleinbürger durch eine breite Aufklärungsarbeit, die an das tägliche Er-leben dieser Schichten anknüpfen muß, immer wieder mit größter Anpassung an die ver-schiedenartige Lagerung der Verhältnisse die wirkliche Lage ihrer Klasse klarzumachen. Wenn es gelingt zu zeigen, daß der Mittelsand nur an der Seite des Proletariats den Weg aus der Not und dem Elend der gegenwärtigen Verhältnisse finden kann, wenn erreicht wird, daß sich Kleinbürger in größerer Zahl auf die Seite der Arbeiterschaft schlagen, dann ist die Todesstunde der kleinbürgerlichen Ideologie und mit ihr das Ende des Ein-flusses der Religion gekommen. Und wenn der eine Nationalsozialist sagte: „Auch das kommende Jahr wird im Zeichen des Kampfes gegen den Unglauben und den Bolschewismus stehen“, so mögen die Faschisten versichert sein, daß in dem Kampf zwischen Christen-tum und Bolschewismus mit untrüglicher Sicherheit der Bolschewismus siegen wird.

um neuen Jahre
Mit neuem Mut
Zu neuem Schaffen
Vorwärts aus eigener Kraft
durch Sparen

bei der Städtischen Sparkasse zu Breslau

Vorwärts, nicht rückwärts!

Die Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei war eine geschichtliche Notwendigkeit. Trotz gegensätzlicher Auffassung in mancherlei taktischen Fragen, ja sogar einandergehend in wichtiger grundsätzlicher Stellungnahme, fand sich die Parteimitgliedschaft in einheitlicher Bejahung des revolutionären Kampfes unter scharfer Abgrenzung vom Reformismus der SPD und in strikter Ablehnung der für das Proletariat verhängnisvollen Politik der KPD.

Der Märzparteitag gab der Partei in der angenommenen Prinzipienklärung und im Aktionsprogramm die politische Marschroute. Ohne die selbstverständliche innerparteiliche Diskussionsfreiheit einzuzengen oder sie gar aufzuheben, war mit der Annahme der Prinzipienklärung dem öffentlichen politischen Auftreten der Genossen eine Grenze gesetzt, die gerade im Interesse der Partei und der Arbeiterbewegung unbedingt beachtet und respektiert werden mußte. Die 27 Genossen, die durch Anna Siemsen die Erklärung abgeben ließen, daß sie die Prinzipienklärung nur als Diskussionsgrundlage ansehen, haben in der Folge keinen Versuch unternommen, die von ihnen geforderte Diskussion überhaupt in Gang zu bringen, sie konnten daher auch niemals geistig geknebelt oder in ihrer freien Willensäußerung durch irgendeine diktatorische Maßnahme erstickt werden.

Die Mängel, die sich im Aufbau zeigten, und das nicht genügende organisatorische Vorwärtkommen (in Verbindung mit den für die Partei wenig günstigen Resultaten bei den Wahlen) nimmt die Parteivorstandsmehrheit einschließlich der Vorsitzenden zum Anlaß, der Vorstandsmehrheit „fraktionelle Arbeit“, „dogmatische Ketzerriechelei“ und verunglimpfenden persönlichen Kampf gegen führende Genossen als Ursachen einer Stagnation vorzuwerfen.

Noch Anfang August führten die Genossen der Mehrheit das ihrer Meinung nach schlechte Abschneiden bei den Wahlen darauf zurück, daß die Partei der KPD gegenüber zu wenig das eigene Gesicht gewahrt hätte. In der Erklärung, die der Parteivorstand in der Sitzung vom 6./7. August abgab, heißt es eindeutig, daß neben dem Fehlen der ideologischen Einheitlichkeit und der ungenügenden Verbindung mit den SPD-Arbeitern, die nicht genügende Festigkeit und Aktivität gegenüber der KPD entscheidend für den schlechten Wahlausfall gewesen sei.

Wie stimmt diese Feststellung mit der heutigen Auffassung des Gen. Rosenfeld überein? Er sagt in seinem Diskussionsartikel, die SAP habe die Mauern gegenüber der KPD zu sehr überhöht und macht den ehemaligen KPDO-Minderheitlern den Vorwurf, gegen das Interesse der Partei das Verhältnis zur KPD bewußt unnötig verschärft zu haben. Wäre dieser Vorwurf berechtigt, dann hätte Rosenfeld schon anlässlich des Uebertritts dieser Genossen gegen die damals abgegebene Erklärung derselben Einspruch erheben müssen, in der in aller Öffentlichkeit ausgesprochen wurde:

„Die Bürokratherrschaft in der KPD mit ihrem unmarxistischen Führerkult, der völligen Unterdrückung der Kritik, der Erstreckung jeder politischen Initiative und dem Verzicht auf die Heranbildung verantwortungsbewusster Revolutionäre, hat die Rückkehr zu einer wirklich kommunistischen Politik bis heute unmöglich gemacht. Sie hat den Kommunismus diskreditiert und dadurch die kritischen

Elemente in der Arbeiterschaft zurückgestoßen.“

Hat Rosenfeld auch nur einen Augenblick geglaubt, daß Frölich, Walcher und ihre Freunde diesen ihren Standpunkt aufgeben und ihre Kampfaktik ändern würden? Einem so alten politischen Routinier wie ihm, ist dieser Gedanke doch sicher nie gekommen; er wußte, daß die Ex-Minderheitler der KPDO in der SAP den breiteren Kampfboden sahen. Ausdrücklich wurde vom Parteivorstand anlässlich des Uebertritts gesagt:

„Die Erklärung der KPDO-Minderheit ist ein Beweis für das wachsende Verständnis, das das Wirken der SAP in der deutschen Arbeiterschaft findet. Wir haben darum die Zuversicht und das Vertrauen, daß der Schritt dieser Genossen in die weitesten Kreisen des Proletariats freudigste Begeisterung auslösen und auch von jenen Teilen befolgt werden wird, die sich bisher diesem Entschluß noch nicht anzuschließen vermochten.“

Warum nachträglich eine unnötige Spiegel- fechterei? Rückt man mit der Haltung, wie sie Rosenfeld nunmehr einnimmt, den Rück-Düby-Anschauungen nicht ziemlich nahe? Ändert die Tatsache, daß die KPD wahrscheinlich schärferen Verfolgungen ausgesetzt wird, etwas an unserer leider nur zu berechtigten Kritik an der Politik der KPD? Hat diese Politik nicht ungeheuer viel dazu beigetragen, daß heute die Kampfkraft der Arbeiterklasse so unendlich geschwächt ist? Trägt die KPD-Führung nicht gleich den Klassenbankrotteuren der SPD ein voll gerüttelt und geschüttelt Maß Schuld an dieser Tatsache? Wir werden in der Stunde der Gefahr mit den kommunistischen und auch mit dem entscheidenden Teil der sozialdemokratischen Genossen in einer Front stehen. Diese Selbstverständlichkeit kann aber nicht ein Iota an der Schärfe unserer im Interesse der Klasse auszusprechenden Kritik ändern. Hat die von Gen. Rosenfeld sehr richtig aufgezeigte Situation auch nur ein Quentchen dazu beigetragen, das unehrliche und freventliche Spiel mit dem Willen der Arbeiter, zur Einheitsfront zu kommen, zu ändern?

War mit der Annahme der Prinzipienklärung nach Ansicht mancher Genossen auch nur eine vorläufige Lösung geschaffen, der erste entscheidende Schritt war getan.

Soll die Arbeit dieses Jahres vergeblich gewesen sein?

Der politische Reifegrad der Mitgliedschaft ist zweifelsohne gesteigert worden. Wir müssen uns auf eine längere Perspektive in der Arbeit einrichten, bereit aber auch sein zum jederzeitigen Handeln. Die Grundsätze der Prinzipienklärung müssen Richtschnur für dieses Handeln sein. Notwendigkeit ist, und das muß der kommende Parteitag mit aller Deutlichkeit aussprechen, an der Spitze der Partei eine zielklare revolutionäre Führung. Bei aller Toleranz und Achtung der gegenseitigen Auffassungen ist es unmöglich, daß Kleinleibst, Küster und Genossen den Kurs der Partei maßgebend mitbestimmen. Unbestritten ihre persönlichen Qualitäten und die Lauterkeit ihrer Gesinnung. Sie haben aber niemals einen Hehl aus ihrer ausgesprochenen Gegnerschaft gegen die Prinzipienklärung gemacht. Wer sich aber in diese Front drängen läßt, ob bewußt oder unbewußt, ist nicht berufen, die Partei zur Erfüllung der ihr durch die Geschichte gestellten Aufgaben vorwärts zu bringen. Hans Gostomski.

Innerparteiliche Demokratie!

Der Parteitag hat zur Prinzipienklärung einen Zusatzantrag angenommen, wonach die Prinzipienklärung nicht als „Dogma“, sondern als „Grundlage geschlossenen Handelns“ zu gelten hat. Er hat die Meinungsfreiheit und die Diskussionsfreiheit also ausdrücklich bestätigt. Aber mit dem abstrakten Recht der Meinungsfreiheit ist wenig anzufangen, wenn es nicht organisatorisch verankert ist.

Wer die Entstehungsgeschichte der Partei kennt, der weiß, daß gerade die organisatorische Sicherung der Meinungsfreiheit der stärkste Antriebsfaktor der Parteigründung gewesen ist. Als der Parteivorstand der SPD seine Beschlüsse gegen die um die „Fackel“ sich gruppierende Opposition faßte, rief Gen. Seydewitz alle Gesinnungsfreunde im Reich zur Verteidigung der Meinungsfreiheit auf. Er zitierte die Worte Babels auf dem Erfurter Parteitag von 1891:

„Der frühzeitige Ausbruch von Meinungsverschiedenheiten über die Taktik der Partei, und zwar unter den Führern selbst, beweist am schlagendsten, daß die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei ein Lebensprinzip bei ihr ist... Wäre das nicht so, die Partei würde der Spaltung oder dem Tode verfallen.“

In der Tat ist die SAP vorwiegend gegründet worden aus der Ueberlegung heraus, daß es in Deutschland weder eine reformistische, noch eine revolutionäre Partei gibt, in der das Recht der Meinungsfreiheit organisatorisch gesichert ist. Deshalb eben gab es in Deutschland auch keine Partei, in der sich die Opposition durchsetzen konnte.

Die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie stand in sehr prinzipiellen Gegensätzen zu den programmatischen Vorstellungen der sozialdemokratischen Parteiführung und Parteimehrheit. Aber das war doch nicht erst im Oktober 1931 so. Wenn die Opposition in diesem Augenblick es auf einen Bruch mit der SPD ankommen ließ, so doch deshalb, weil sie einsah, daß sie den für die gesamte Arbeiterklasse verhängnisvollen Kurs der SPD aus organisatorischen Gründen, aus Mangel an Parteidemokratie nicht ändern konnte, daß sie also versuchen mußte, außerhalb der Partei einen Rettungsweg aufzuzeigen und zu gehen. Auch Lenin hat sich dagegen gewandt, daß die Kommunisten aus der englischen Arbeiterpartei ausschieden, obwohl über ihre grundsätzlichen Differenzen wohl kein Zweifel bestehen konnte. Sinnlos und gefährlich wäre es, als Opposition einer Partei angehören zu wollen, in der es keine Demokratie gibt, in der also die Opposition nicht damit rechnen kann, durch die Gewalt ihrer Argumente zur Mehrheit zu werden. Mit bewußter Konsequenz setzte das provisorische Organisationsstatut daher fest:

„Die Wahlen der Vorstände in allen Parteikörperschaften erfolgen in der Regel geheim und nach dem Proporzsystem.“

Das Verhältniswahlssystem sollte aus dem abstrakten Recht der Meinungsfreiheit einen organisatorischen Schutz des Rechts der Minderheiten machen. Dieses Prinzip des Minderheitenschutzes sichert allen Schattierungen nicht nur Meinungsfreiheit, sondern Mitbestimmung zu, also Vertretung und Einflußnahme in allen Parteikörperschaften. Es fordert mit anderen Worten, daß die „Generallinie“ der Partei im Gegensatz zu den Organisationsgrundsätzen der KPD und der SPD nicht

unterscheiden, kann er nicht antworten. — Kommentar überflüssig!

Und doch müssen wir fragen, wie ist derartiges möglich? Ich glaube, daß unsere führenden Genossen große Schuld daran haben. Vor mir liegt die Diskussionsbeilage der „SAZ“ vom 18. Dezember. Ich lese mir die Beiträge der Gen. August Siemsen und J. Thomas durch und finde Begriffe, die vielleicht richtig sein mögen, wie: Ideologische Einheit, demokratischer Zentralismus, Parteidiktatur, Dogmatismus, Ketzerriechelei, Bekenntnis zur Prinzipienklärung usw. Ich verstehe aber nicht den Sinn und Inhalt dieser Abstraktionen. Solange die Genossen nicht an einzelnen konkreten politischen Fragen zeigen, worin denn eigentlich die Differenzen bestehen, kann sich kein Parteimitglied ein klares und objektives Bild machen. Solange kann eine wirkliche Demokratie in der Partei nicht existieren. Was wir heute erleben, ist Demagogie, nicht Demokratie: die einzelnen Genossen entscheiden über wichtige politische Fragen nach bloßen Gefühlsmomenten. Wir betonen immer die größere Reite des westeuropäischen und besonders des deutschen Proletariats im Vergleich zum russischen Volke. Aber wenn wir genauer hinschauen, so sind wir mit halbwissenschaftlichen Formulierungen überfüllt. Solange wir nicht uns selbst gegenüber kritischer werden, solange kann Demokratie in der Partei nicht existieren.

Ihr führenden Genossen der einzelnen „Richtungen“ und „Fraktionen“, kommt doch endlich heraus mit der Sprache! Die Zahl konkreter politischer Probleme ist groß genug. Darf brauchen die anderen Genossen sich nicht mit Abstraktionen und Allgemeinheiten auseinanderzudiskutieren!

Erich Drucker, Charlottenburg.

die Linie der Mehrheit allein sein soll, sondern die Resultate, der Ausgleich der verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei.

Man muß hinzufügen, daß dieses Prinzip des Minderheitenschutzes und der Mitbestimmung der Opposition auf den Parteitagen der SPD zwar nicht mehr eingehalten wurde, aber in den einzelnen Ortsgruppen und Bezirken vielfach noch lebendig war. Umgekehrt bestand zwar bei den Bolschewiki die entgegengesetzte Vorstellung, aber in der Praxis durch die Klugheit Lenins sehr viel mehr Demokratie, als die Nachbeter des Bolschewismus in Deutschland zugestehen wollen. Selbst die vor dem Oktoberaufstand ausgeschiedenen Mitglieder des Zentralkomitees der Bolschewiki, die sich entschieden gegen die Politik Lenins zur Wehr gesetzt hatten, wurden am Tage nach der Revolution von Lenin sofort in die höchsten und verantwortlichsten Funktionen berufen. Erst Stalin hat mit dieser Tradition gebrochen.

Wenn man den entscheidenden Gegensatz zwischen Mehrheit und Minderheit des Parteivorstandes in dieser Frage kennzeichnen will, so braucht man nur in dem Diskussionsartikel des Gen. Thomas (SAZ 289) den von ihm gebilligten und vertretenen Beschluß des Berliner Bezirkes zu lesen, worin es heißt:

„daß Funktionen in der Partei nur von denen ausgeübt werden können, die nicht nur die Existenzberechtigung der Partei behalten, sondern sich vorbehaltlos auf den Boden ihrer Grundsätze stellen.“

Ausdrücklich polemisiert Thomas gegen meinen „Opportunismus“, daß man als vorbehaltlos anzuerkennende Grundsätze nicht eine Fülle von einzelnen taktischen Maßnahmen auf dem Wege zur Erreichung der politischen Macht ansetzen könne, daß es also nicht auf das grundsätzliche Bekenntnis zur Revolution und zum Sozialismus ankomme, sondern auf alle jene Zufälligkeiten des Weges, der Situation, der Einschätzung, der Perspektiven des jeweiligen Gegners, die die Prinzipienklärung enthält. Was aber heißt dann noch „Meinungsfreiheit“? Das nenne ich Gesinnungsterror, den ich viel großzügiger in der SPD und KPD auch haben könnte.

Auf dem Boden dieses Gesinnungszwanges entsteht dann auch selbstverständlich eine Diskussionsform, die wir in den letzten Wochen mit steigender Besorgnis ansehen mußten; nämlich die primitive Fragestellung: Bist du für oder bist du gegen die Prinzipienklärung? Mit Verlaub: Ich bin weder für, noch gegen. Ich bin für den revolutionären Klassenkampf und kritisiere, wenn es zur Diskussion steht, die Prinzipienklärung in sehr vielen Punkten von links. Sie ist mir nicht in allen Punkten revolutionär genug, sie scheint mir nicht in allen Punkten den wirklichen Bedürfnissen des Klassenkampfes zu entsprechen. Wenn diese Meinung ein Verbrechen ist, dann ist, wie die Erfahrung des letzten Jahres in der Partei gezeigt hat, überhaupt keine Diskussion zu führen. Wenn jemand wegen seiner abweichenden Meinungen zum Parteigenossen zweiter Klasse degradiert werden soll, und das ist die Konsequenz des Diskussionsartikels von Thomas, dann besteht zwar die SAP noch als Organisation, aber sie hat ihren Inhalt völlig gewandelt. Halten die Genossen von der KPD diese Wandlung für einen Fortschritt, so muß es uns genügt werden, diese Wandlung für einen Rückschritt und für eine Katastrophe zu halten.

Mit dem Prinzip der innerparteilichen Demokratie im vollen oben dargelegten Inhalt steht und fällt die SAP. Neben der SPD und der KPD ist für eine dritte und demokratische Partei wahrhaftig kein Raum. Dieses Prinzip ist das Prinzip der „offenen“ Organisation, die ihre prinzipielle Haltung nicht den Mitgliedern und Massen entgegensetzt, sondern sich auf den Boden der Entwicklung der Mitglieder und Massen stellt. Das Prinzip der „geschlossenen“ oder bolschewistischen Organisationsform setzt dagegen die Existenz einer prinzipiellen Haltung, einer Generallinie voraus, die wiederum in der prinzipiellen Haltung einer Führung, letzten Endes „des Führers“ verankert ist. Als Paul Levi aus der KPD ausgeschlossen wurde, da sagte er seinen bisherigen Kampfgefährten, daß man mit der geschlossenen Organisationsform wohl eine aufopferungsfähige kleine Gruppe von Menschen zusammenbringen könne, aber eben nur eine Sekte, die auf Kirchendogmen schwört und alle „Ketzer“ mit Feuer und Schwert austrotten will. Paul Frölich und die andern aber streckten den Daumen nach unten: kreuziget ihn! Zwei Jahre später setzte man ihnen selbst die Dornenkrone auf.

Mit Verlaub: Wenn Frölich und Walcher aus ihren Erfahrungen nichts gelernt haben, so wollen wir für sie lernen. Das Prinzip der Parteidemokratie geht jedes Parteimitglied und jede Richtung in der Partei an. Niemand weiß, ob er immer die Mehrheit sein wird, und keine Minderheit kann darauf verzichten, die Mehrheit werden zu wollen. Die Frage der Parteidemokratie ist also die Schicksalsfrage der Gesamtpartei! Fritz Levy.

Probleme der innerparteilichen Demokratie

Es liegt im Sinn und Wesen einer revolutionären Partei, unbedingte Einheit und Disziplin bei der Durchführung ihrer Aktionen zu verlangen. Es ist unmöglich, daß sich ein Genosse auf die höhere Verantwortung gegenüber der Klasse beruft, denn die Partei ist und soll sein die schärfste Waffe der Klasse. Es ist sogar untragbar, auch nur beiseite zu treten, weil den Genossen sein politisches Gewissen verhindert. Wer sich auf sein Gewissen beruft, ist gerade so reaktionär wie der, der sich auf den lieben Gott beruft. Wie der liebe Gott eine feudale Illusion ist, so ist nämlich das liebe Gewissen eine kleinbürgerliche Illusion. Diese Illusion ist eine typisch liberale, individualistische Ideologie, die entstanden ist im Kampfe des austretenden Bürgertums gegen den reaktionären patriarchalischen Feudalstaat. Der Marxist weiß nur von einem Kollektivgewissen: Schließt er sich einer revolutionären Partei an, so verzichtet er damit zum großen Teil auf seine persönliche Freiheit. Die Demokratie hat ihre Grenzen in der Stoßkraft der Partei. Damit ist zugleich aber auch gesagt, daß es Aufgabe der revolutionären Partei ist, jedem Mitglied die Möglichkeit zu

geben, am Aufbau der Organisation und an der Organisierung der Revolution mitzuwirken.

Wenden wir diese Thesen auf die Situation der SAP an, so muß festgestellt werden, daß der Aufbau der Organisation auf Grund ihrer Entstehungsgeschichte demokratisch sein muß. Zur Diskussion steht weniger das „Ob“ als das „Wie“. Ich möchte zwei Beispiele aus meiner Charlottenburger Erfahrung wiedergeben, die leider einen allgemein gültigen Charakter haben:

1. In der Diskussion wendet sich ein Genosse ganz scharf gegen die reformistischen Gedanken, die Gen. Anna Siemsen in ihren Artikeln äußert. Auf meine Frage, welche Artikel er meine, ist festzustellen, daß er keinen Artikel gelesen hat! (Der Genosse ist jetzt zur KPD gegangen.)

2. Ein Genosse, der einige Zeit verhindert war, aktiv an unseren Veranstaltungen teilzunehmen, besucht mich und erklärt mir, daß er die Mitglieder der SAP einteile in KPO-Mi, USP-Leute, Zentristen und Reformisten. Auf meine Frage, woher er das habe, sagt er, diese Einteilung sei doch üblich; auf meine Frage, worin sich diese Richtungen politisch

Für den demokratischen Zentralismus

Vor allem anderen muß eine Feststellung gemacht werden: Von Beginn der Parteidiskussion an vertrat die PV-Mehrheit den Standpunkt, es handle sich um organisatorische, und nicht um politische Differenzen. Abgesehen davon, daß man als Marxist eine strenge Grenze hier überhaupt nicht ziehen kann, erklärt aber der PV durch die Themenstellung für die Diskussion selbst, daß es politische, und zwar gerade grundsätzliche Fragen sind, die durch die Diskussion geklärt werden müssen. Wir stellen also fest, daß in der Partei keine Einheitlichkeit der grundsätzlichen Auffassung vorhanden ist.

Die PV-Mehrheit diskutiert so, als ob überhaupt noch keine Entscheidung über die Organisationsform der Partei getroffen sei. Sie stellt es so hin, als ob irgendwelche dunklen Kräfte am Werke wären, um der Partei eine untragliche Form der Organisation, die sie nie mitmachen könnten, nämlich den demokratischen Zentralismus, aufzuzwingen. Das ist uns hier im Bezirk Niederrhein offen gesagt worden.

Wie ist aber die Sachlage tatsächlich? In der auf dem Parteitag angenommenen Prinzipienklärung heißt es:

„Um ihren Aufgaben zu genügen, muß die revolutionäre Partei in ihren Reihen den demokratischen Zentralismus verwirklichen, der besteht in der Einheitlichkeit der grundsätzlichen Auffassungen, in der Initiative und Verantwortung der Führung in einem Organisationsaufbau, der die bestmögliche Kontrolle und Beeinflussung aller leitenden Organe bis zum Parteivorstand und ihrer politischen und organisatorischen Entscheidungen durch die Mitglieder und die unteren Organisationen sichert, sowie in der disziplinierten Durchführung aller Aktionen. Die SAP will der Arbeiterschaft diese Führung geben.“

Nach Annahme der Prinzipienklärung wurde auf dem Parteitag gegen 4 Stimmen (Rück, Düby und Freunde) ein Antrag Zöllig angenommen, der lautet: „Die Annahme der Prinzipienklärung bezweckt, einheitliche Willensbildung und Kampfgeschlossenheit bei allen politischen Aktionen herbeizuführen. Da diese nur aus der freien Diskussion der Parteigenossen erwachsen können, gelten Beschlüsse nicht als Dogmen, sondern als Grundlage des geschlossenen Handelns.“

Es ist also wiederum festzustellen: Die in der Prinzipienklärung festgelegte und genau definierte Form des demokratischen Zentralismus soll die Organisationsform der SAP sein.

Ich sage ausdrücklich nicht, daß sie es ist. Wir haben bisher eine, um ein bekanntes Wort zu variieren, „Hilfslosigkeit gemildert durch Demokratie“. Von einer zentralen Führung der Partei war bisher wenig zu merken. Bei den politischen Entscheidungen, die seit Bestehen der Partei getroffen werden mußten, zeigte sich oft alles andere als Einheitlichkeit der Auffassungen.

Aus der Erkenntnis der Aktionsunfähigkeit der Partei fordert nun die PV-Minderheit, und sie hat hierbei weite Teile der Partei in allen Bezirken hinter sich, die Durchführung der auf dem Parteitag beschlossenen Organisationsform. Wenn die Prinzipienklärung laut Antrag Zöllig auf dem letzten Parteitag Grundlage des gemeinsamen Handelns sein soll, dann ist die Durchführung dieser Forderung eine Selbstverständlichkeit. Wir erleben aber, daß sich die Einbringer des Antrages selbst dagegen wehren.

Die PV-Mehrheit hat recht, und ich kann mir nicht denken, daß irgend jemand in der Partei anderer Meinung ist, daß die Prinzipienklärung kein Galgen sein dürfe. Sie hat aber unrecht, wenn sie nun in das Extrem verfällt und lieber Aktionsunfähigkeit hinnimmt, als daß sie an der Schaffung der den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes entsprechenden straff geleiteten zentralen Führung mitarbeitet.

Die Argumentation dieser Genossen, daß eine zentrale Parteiführung im Widerspruch stehe zu der Marxschen These: „Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“, verkennt vollkommen die Rolle der Partei.

Die Rolle der Partei

Die Aufgabe der Partei als des vorgezeichneten Teils des Proletariats ist es, auch die subjektiven Voraussetzungen für die soziale Revolution zu schaffen, damit die Arbeiterklasse sich selbst befreien kann. Hier zeigt es sich, wer eigentlich Dogmen aufstellen will. Wir betrachten diese Frage nur unter dem Gesichtspunkt, wie die Partei diese ihre Aufgabe am besten erfüllen kann. Niemand wird leugnen, daß in einer Zeit, in der der Klassengegner derart zentral organisiert ist (ich erinnere an den Langsamverein in Düsseldorf), wir nur kampffähig sein werden, wenn wir unsere strategische Basis der des Gegners anpassen.

Es ist kein Zufall, daß Genosse Seydewitz auf dem Parteitag ausdrücklich erklärte, ihm genüge, Kommunist im Sinne von Marx und Engels zu sein (Parteitag-Protokoll Seite 212). Und es ist ebenso kein Zufall, daß die Genossen Seydewitz und Aug. Siemsen jetzt offen davon reden, die antibolschewistische Front aufzurichten zu wollen.

Wir wissen, daß die heutige Führung des Bolschewismus keinen demokratischen Zentralismus, sondern einen zentralistischen Bürokratismus aufbaut. Die Genossen der PV-Mehrheit ziehen aber daraus den falschen

Schluß, daß man deshalb aus den Erfahrungen der immerhin siegreichen russischen Revolution nicht zu lernen brauche. Keiner sagt, daß man die Methoden der russischen Revolution auf deutsche Verhältnisse mechanisch übertragen könne. Aber wir lernen aus den Erfahrungen, daß nur eine straff geführte Partei im gegebenen Moment aktionsfähig sein kann.

In der Prinzipienklärung ist klar und verständlich gesagt worden, was demokratischer Zentralismus ist. Seine Voraussetzung ist die „Einheitlichkeit der grundsätzlichen Auffassungen“. Sorgen wir dafür, daß diese Voraussetzung in der jetzigen Parteidiskussion geschaffen wird, damit die Partei endlich aus dem Stadium der Diskussion in das der Aktionsbereitschaft treten kann.

Sally Katzenstein-Düsseldorf.

Klarheit über die wichtigsten Differenzpunkte!

Die Genossen Siemsen und Seydewitz behaupten, der Kern unserer Differenzen bestehe in der verschiedenen Stellungnahme von PV-Mehrheit und PV-Minderheit zur Frage der „Meinungsfreiheit“.

Die Genossen der PV-Minderheit wollen angeblich: das bolschewistische Organisationsprinzip, die „ideologische Einheit auf dem Boden der Prinzipienklärung und des demokratischen Zentralismus“ (Siemsen), eine „Diktatur der Führer“, einen „Dogmatismus“, der die Partei in eine bolschewistische Sekte verwandeln würde. Darauf ist zu entgegnen:

1. Die Genossen um Seydewitz behaupten selbst, fest auf dem Boden der Prinzipienklärung zu stehen — machen aber gemeinsame Sache mit den Gegnern der Prinzipienklärung gegen ihre Verteidiger.

2. Sie erblicken „Dogmatismus“ und „Ketzerriechelei“ schon in der Forderung, daß maßgebende Funktionäre der Partei unbedingt auf dem Boden der Parteigrundsätze stehen müssen.

Demgegenüber ist festzustellen, daß:

a) Die Prinzipienklärung ein Grundgesetz ist, das sich die Partei selbst auf dem letzten Parteitag mit großer Mehrheit gegeben hat;

b) die bedingungslose Annahme von Grundsätzen überhaupt erst aus einer Ansammlung von Menschen eine Partei macht;

c) nicht nur die Bolschewiki, sondern auch das alte Erfurter Programm der SPD die Mitgliedschaft in der Partei von der Annahme der Parteigrundsätze abhängig machte;

d) es also ein ungewöhnliches Maß von Toleranz bedeutet, wenn eine Partei die Anerkennung ihrer Grundsätze nur von ihren Funktionären fordert.

3. Die Genossen um Seydewitz behaupten, man wolle diktatorisch die Meinungsfreiheit einengen. Demgegenüber ist festzustellen, daß:

a) Keinerlei Beweis für diese Behauptung erbracht wird;

b) die Gegner der Prinzipienklärung Monate Zeit hatten, um konkrete Gegenvorschläge zu machen, diese Freiheit aber nicht auszunutzen;

c) der demokratische Zentralismus als organisatorisches Aufbauprinzip der SAP in der Prinzipienklärung selbst verankert ist;

d) daß aus der Formulierung in der Prinzipienklärung klar hervorgeht, daß dieses Prinzip mit „Führerdiktatur“ und „Bevormundung“ nichts zu tun hat. (Das Unglück der KPD, das System der Bürokratie und der „gehorsamen Dummköpfe“ beruht gerade auf dem Abgehen vom demo-

Die Frage unserer Stellung zur SPD und KPD ist von Anfang an falsch gestellt worden. In dem Augenblick, da die Gründung einer neuen proletarischen Partei notwendig wird, die ihre Ziele und Grundsätze der gesamten Arbeiterklasse vorlegt, wäre es die Aufgabe der alten Parteien gewesen, ihre Stellung zu uns zu finden. In Auseinandersetzungen mit uns hätten sie ihren Anhängern und den indifferenten Massen den Weg zu uns versperren müssen. Das wäre ihnen umso schwerer geworden, je klarer und selbständiger, mit je weniger Rücksicht auf die bereits bestehenden Parteien wir unsere Grundsätze herausgestellt, unsere Aktionen durchgeführt hätten. Das ergibt sich schon daraus, daß es weder der SPD noch KPD in dem einen Jahre unseres Bestehens möglich war, uns sachlich anzugreifen. „Ihr habt mit allem, was ihr sagt, recht, nur hättet ihr trotz allem nicht spalten dürfen“, das ist das Argument, das uns von den einschüchternden der SPD-Genossen entgegen-

gehalten wird, während die Kommunisten überhaupt nicht erst den Versuch einer sachlichen Debatte machen, sondern uns lediglich mit Schimpfkanonaden übersüßen.

Der große Vorsprung, den wir in der Arbeiterbewegung hatten, lag darin, daß erstens unsere Argumente richtig waren und fähig durch die Entwicklung bestätigt wurden und zweitens in den Massen, neben allem konservativen Beharrungsvermögen, das sie bei den alten Parteien hielten, eine große Aufnahmebereitschaft für unsere Auffassungen vorhanden war. Anstatt nun in langen „Prinzipien“ darzulegen, wie wir zu den anderen stehen, hätten wir den Mut haben müssen, unsere Existenz als feststehende Tatsache, die nicht „entschuldig“ zu werden braucht, zu statufieren und die anderen Parteien zu zwingen, ihre Stellung zu uns zu fixieren. Damit hätten wir die überaus günstige Position, die wir zur Zeit unserer Gründung hatten, ausgenutzt, so haben wir sie verpendelt.

Als Plattform für unsere Existenz hätten drei sehr einfache Sätze genügt:

1. Wir sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien.
2. Wir haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.
3. Wir stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach wir die proletarische Bewegung modeln wollen.

Aus diesen drei Sätzen, mit denen Marx im kommunistischen Manifest die Abgrenzung der Kommunisten von den Proletariern überhaupt umreißt, ergibt sich zwangsmäßig unsere Stellung im Rahmen der gesamten Klasse.

Die Gründung einer neuen Partei war eine objektive Notwendigkeit, nicht weil die eine der bestehenden Parteien „reformistisch“, die andere „ultralinks“ und beide nicht reformierbar waren, sondern weil in Deutschland keine Partei existiert, die das Proletariat sammelt und zur revolutionären Aktion führt.

Der „unüberbrückbare Gegensatz“ zur SPD wird von der Prinzipienklärung damit begründet, daß die SPD reformistisch sei. Der Reformismus, der auf dem Wege der Reform innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus zu kommen glaubt, ist heute objektiv und subjektiv nicht mehr vorhanden; objektiv, weil auf der heutigen Stufe der kapitalistischen Entwicklung jede ernsthafte Reform an den Bestand des kapitalistischen Systems rührt, also dialektisch in eine revolutionäre Aktion umschlägt; subjektiv, weil niemand mehr heute glaubt, auf dem von der SPD beschrittenen Wege zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu gelangen. Die SPD hat aufgehört, reformistisch zu sein — weil der Reformismus aufgehört hat, zu existieren — ihre Politik ist daher objektiv konterrevolutionär.

Der entscheidende Sprung geht daher auch nicht wie Genosse Frölich meint, vom reformistischen zum revolutionären Denken, sondern der Sprung, den viele von denen, die das Wort „revolutionär“ so gern im Munde führen, noch nicht getan haben, geht vom konterrevolutionären zum revolutionären Denken.

Dieser Sprung ist solange nicht vollzogen, wie die Erkenntnis fehlt, daß die Politik einer Partei — mögen ihre Grundsätze noch so revolutionär sein —, die in der heutigen Klassensituation die Arbeitermassen nicht zur geschlossenen Abwehr der konterrevolutionären Diktatur sammelt, nicht die gesamte Klassenkraft gegen den Klassenfeind richtet, an Stelle einer auf breiter Massenbasis beruhenden Front eine von den jeweiligen Bedürfnissen der Klasse eines anderen Landes abhängige Partei schafft, durch die Verwirrung und Spaltung, die sie in der eigenen Klasse hervorruft und vertieft, objektiv dem Klassengegner hilft, das heißt also objektiv konterrevolutionär ist.

Erkennen wir den Maßstab revolutionär-konterrevolutionär als einzigen für unsere Beurteilung maßgebenden an, so entfällt damit die fälschliche Unterscheidung zwischen „taktischen“ und „grundsätzlichen“ Gegensätzen. Es gibt keinen grundsätzlicheren Gegensatz als den, der uns von der Konterrevolution trennt, und damit entfällt auch die vorsichtig nach Millimetern abgemessene Entfernung von uns nach rechts und links. Sie entfällt deshalb, weil wir nicht „zwischen SPD und KPD“, also zwischen zwei konterrevolutionären Parteien stehen, sondern — will man diese alten, etwas willkürlichen Bezeichnungen anwenden — als revolutionäre Partei links von den beiden anderen.

Wollen wir die unzufriedenen Massen beider Parteien gewinnen, so darf es allerdings — darin hat Genosse Frölich sehr recht — keine Zwischenstellung, keine Zweideutigkeit geben. Diese Zweideutigkeit wird aber erzeugt allein durch die Uebernahme verwässerter und unrichtiger Begriffe und vor allem durch die Furcht, eine zu große Entfernung von der KPD könnte uns in den Augen der Massen als nicht revolutionär genug erscheinen lassen. Der dauernde Ruf, wir müßten die richtige kommunistische Partei werden, erreicht genau das Gegenteil von dem, was wir erstreben. Die enttäuschten SPD-Arbeiter gehen, wenn sie eine „kommunistische Partei“ suchen, zur KPD, nicht zu einer kommunistischen Sekte.

Trotz der vielen kostbaren Zeit, die in diesem Jahr ungenutzt versirren ist, können wir durch die Klarheit nach beiden Seiten, durch die Herausstellung von Grundsätzen, die entstanden sind aus den objektiven Erfordernissen der Situation und der marxistischen Erkenntnis und nicht mit dem Millimetermaß errechnet sind als Kubikwurzel aus der fünften Potenz von SPD plus KPD dividiert durch KPD die Aufgabe erfüllen, die noch immer vor uns steht: Das Sammelbecken zu bilden für die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands. Dora Fabian.

Unhaltbare Lage im Parteivorstand

In der revolutionären Partei kann sich die Freiheit der Meinungsäußerung nur im Rahmen der Parteigrundsätze bewegen. Meinungsverschiedenheiten können in der Regel nur über die im konkreten Fall einzuschlagende Taktik entstehen und finden demgemäß mit der Aktion ihr Ende.

Die besonderen Umstände, unter denen die SAP entstand, haben bewirkt, daß auch heute noch in ihr Gruppen bestehen, die die Prinzipienklärung mehr oder weniger ablehnen. Es ist die Aufgabe der Gesamtpartei (nicht die einzelner Parteigenossen), die Anhänger dieser verschiedenen Gruppierungen in kameradschaftlicher Diskussion auf dem Boden der Prinzipienklärung zusammenzuführen und so die wichtigste Voraussetzung für die Aktionsfähigkeit der Partei zu schaffen: die Einheitlichkeit der Grundanschauungen.

Diese Aufgabe kann die Partei aber nicht erfüllen, wenn die Wortführer der oppositionellen Gruppen wichtige politische Funktionen innehaben. Dadurch wird der Wirkungskreis der Opposition zu sehr erweitert, die Gegner der Prinzipienklärung erhalten die Möglichkeit, den innerparteilichen Schulungs- und Klärungsprozeß wirksam zu sabotieren.

Noch schädlicher wirkt diese Fehlbesetzung der Funktionen auf das äußere

Gesicht der Partei, zumal die Abstimmungen im Parteivorstand oft genug eine Mehrheit erhalten, deren Kern von den ausgesprochenen Gegnern der Prinzipienklärung, Kleineibst, Küster u. a., gebildet wird. So ergibt sich der für die Partei absolut untragbare Zustand, daß die auf dem Parteitag mit großer Mehrheit angenommene Prinzipienklärung fortwährend in Gefahr steht, von der höchsten Parteikörperschaft verletzt zu werden. Das hemmt Schlagkraft und Wachstum der Partei und täuscht die proletarische Öffentlichkeit über den wahren Charakter der SAP, die die pazifistischen Anschauungen der Kleineibst, Küster usw. in, man kann gefrost sagen, überwältigender Zahl ablehnt.

Die Partei ist aber verantwortlich für jeden ihrer Funktionäre. Kleineibst, Küster und auch August Siemsen haben in Reden und Artikeln die Partei sehr schwer belastet. Sie kann diese Verantwortung nicht mehr auf sich nehmen. Es ist nicht der Sinn innerparteilicher Demokratie, die auf den Schild zu heben, die die Grundsätze leugnen. Das heißt selbst grundsatzzelos sein. Die innerparteiliche Demokratie hilft der Partei die Genossen zu finden, die am besten die Prinzipien vertreten. Das ist auch eine wichtige Aufgabe des kommenden Parteitags.

Hans Iis, Berlin.

Trotz Wohnungsnot Geschenke an Hausbesitzer

In der letzten Berliner Beilage haben wir berichtet, daß die Wohnungswirtschaft in Berlin aufgehoben worden ist. Daß aber trotzdem keine Rede von der Linderung der Wohnungsnot sein kann, muß der sozialdemokratische Direktor des Wohnungsamtes, Wild, selber zugeben. Er erklärt: „Gleichwohl besteht aber auch heute noch — vielleicht richtiger gerade heute —

eine Nachfrage nach brauchbaren und billigen Kleinwohnungen, die das Angebot um das Vielfache übersteigt.

Dieser Feststellung steht die Tatsache nicht entgegen, daß sich bei der am 10. Oktober d. J. durchgeführten Leerraumzählung ein Leerbestand von 0,9 Prozent an Wohnungen bis zu 2 Räumen (einschließlich Küche) ergeben hat; denn das Leerstehen dieser Wohnungen ist — worauf das Zentralwohnungsamt vor kurzem durch die Presse schon hingewiesen wurde — in erster Linie darauf zurückzuführen, daß es sich hierbei hauptsächlich um Wohnungen handelt, die in den ältesten Häusern Berlins liegen und die zum größten Teil infolge ihres baulichen Zustandes als „Wohnungen“ überhaupt nicht mehr bezeichnet werden können. Wenn man aus dem Leerstehen solcher „Wohnungen“ den Schluß ziehen wollte, daß bereits ein gewisses Ueberangebot auch an kleinen und kleinsten Wohnungen bestünde, so wäre das ein Trugschluß. Das geht ganz klar aus der Tatsache hervor, daß allein im Laufe des Jahres 1932 bei dem Zentralwohnungsamt rund 25 000 Wohnungssuchende den Antrag auf Zuweisung einer brauchbaren billigen Kleinwohnung gestellt haben.

Zu diesen 25 000, die zum weitaus größten Teil mit einer entsprechenden Wohnung

leider nicht versorgt werden konnten, kommen noch viele Zehntausende, die schon früher als Wohnungssuchende eingetragen wurden und die wegen des völlig ungenügenden Angebots an den so begehrten Kleinwohnungen ebenfalls zum großen Teil heute noch nicht im Besitze einer eigenen Wohnung sind.

In diesem Zusammenhang ist weiterhin auf die Tatsache hinzuweisen, daß

30 000 Familien in Berlin in sogenannten „Dauerwohnläuben“ wohnen.

Der weitaus größte Teil dieser Dauerwohnläubenbesitzer wünscht nichts schneller herbei, als den Tag, an dem sie ihre Wohnläube verlassen und wieder eine „richtige“ Wohnung beziehen können. Ich sehe daher nicht an, zu behaupten, daß die gegenwärtig furchtbare Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot das wirklich vorhandene Ausmaß des Mangels an brauchbaren Kleinwohnungen überhaupt nicht in Erscheinung treten läßt. Man vergegenwärtige sich einmal den Zustand, der entstehen würde, wenn „nun“ die 30 000 Dauerwohnläubenbesitzer in verhältnismäßig kurzer Zeit, infolge Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, Anspruch auf eine „richtige“ Wohnung erheben würden! Dann würde sich in geradezu erschreckender Weise zeigen, wie groß trotz umfangreichster Neubautätigkeit der Mangel an Kleinwohnungen in Berlin auch heute noch ist. Dieser Mangel würde noch krasser in Erscheinung treten, wenn außer den 30 000 Dauerwohnläubenbesitzern auch nur ein Teil der zur Zeit in Untermiete wohnenden Wohnungssuchenden einen Anspruch auf eine selbständige Wohnung machen würde!

Dieses Eingeständnis beleuchtet die ganze Ungeheuerlichkeit des Geschenks an die Hausbesitzer und die Notwendigkeit des Kampfes für eine soziale Wohnungspolitik.

Wie Brolat Stadtverordneten-Kandidat wurde

Aus Anlaß der Stadtverordneten-Wahl von 1929 erregte es in weiten proletarischen Schichten Aufsehen und Empörung, daß der jetzt verhaftete BVG-Direktor Brolat trotz der Verwicklung in den Sklarek-Skandal und seines völlig unproletarischen Verhaltens im Wedding wieder als Stadtverordneten-Kandidat an erster Stelle der SPD-Liste aufgestellt wurde. Wie es dabei zugeht, berichtet der Genosse Margoniner, der damals in der Groß-Berliner Funktionärversammlung der SPD gegen die Kandidatur Brolats auftrat.

Diese Funktionärversammlung, die in den Germania-Sälen in der Chausseestraße tagte, hatte die Bestätigung der von den Ver-

Achtung! Gewerkschaftstag!

Alle Genossen halten sich Dienstag, den 3. Januar 1933, freil für unsere Gewerkschafts-Veranstaltung bei Schulz, Elisabethstraße 30, abends 20 (8) Uhr. Thema: Verbandskörperschaftswahlen Referent: Genosse Baier.

waltungsbezirken aufgestellten Kandidaten vorzunehmen. Als man zur Diskussion über die Kandidaten kam, gab es große erregte Debatten. In der Diskussion sprach Gen. Margoniner. Er schilderte, wie man im Wedding den BVG-Direktor Brolat aufstellte, und

zwar ließ Brolat die Abteilungsbände im Wedding in Bier schwimmen, um so die Genossen vom Wedding für sich zu gewinnen.

Der Gen. M. richtete dann die Frage an die Groß-Berliner Funktionäre, ob sie gewillt wären, mit einem so korrupten Menschen, wie es gerade Brolat sei, weiter zu arbeiten. Er forderte sie auf, sich auch dafür auszusprechen, wie es schon verschiedene Funktionäre getan hätten, den BVG-Direktor Brolat aus der Partei auszuschließen. Da brach ein wildes Geheul unter den älteren Genossen aus und diese forderten den sofortigen Ausschluß des Genossen M. aus der SPD (II). Die Bezirksleitung erklärte, daß man einen Ausschluß einsetzen werde, der sich mit dem Fall beschäftigen würde. Der Gen. M. erreichte durch die Diskussion, daß Brolat, solange der Sklarekfall nicht beendet war, als Stadtverordneter nicht aufgestellt wurde. Als man nach Monaten in der Bezirksleitung dazu Stellung nahm, mußte man feststellen, daß das, was Genosse M. in der Diskussion behauptete, sich tatsächlich im Wedding so abgespielt hat.

Trotz dieser Feststellungen, die deutlich zeigten, daß der Korruptionist Brolat mit Korruptionversuchen sich ein Mandat zu erschleichen versuchte, blieb er nach wie vor Mitglied der SPD, ja der „Vorwärts“ hat noch aus Anlaß der Verhaftung Brolats eine Lanze für ihn gebrochen und seine „Verdienste“ um die BVG hervorgehoben. Für die Funktionäre der SPD ist es bezeichnend, daß nicht etwa gegen den Korruptionshelden, der durch seine Verfehlungen der Reaktion ungeheures Propagandamaterial geliefert hat, ein Ausschlußantrag gestellt wurde, sondern gegen den Ankläger. Die weitere Entwicklung des Falles Brolat hat bewiesen, wie recht unser Genosse mit seinem Antrag hatte und wieviel besser es

für die Arbeiterbewegung gewesen wäre, wenn man ihn schnell und gründlich abgeschüttelt hätte. Für die SPD-Arbeiter muß das eine Lehre sein, ihren Funktionären auf die Fingern zu sehen und die Schutzheeren Brolats zur Verantwortung zu ziehen



SAP

Bezirk Berlin-Brandenburg

Montag, den 2. Januar 1933: Sitzung der erweiterten BL, 19 Uhr, bei Schulz, Elisabethstr. 30.

Ortsgruppe Charlottenburg: Bildungskursus bei Hetschlag, Dankelmannstr. 18. (Was ist Wert.)

Ortsgruppe Neukölln: 19 Uhr im Jugendheim Prinz Handlerystr. 57. Arbeitsgemeinschaft über gewerkschaftliche Fragen.

Ortsgruppe Lichtenberg: Um 20 Uhr Funktionärsitzung bei Schmidt, Wartenbergstr. 52.

Mittwoch, den 4. Januar 1933:

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Mitgliederversammlung in den Milka-Parkhäusern 19.30 Uhr, Schönhauser Allee 130. Thema: „Die Prinzipienklärung“.

Ortsgruppe Kreuzberg: 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Pech „Zum alten Turmshorn“ (Gewerkschaftsarbeit).

Ortsgruppe Neukölln: 19.30 Uhr im Jugendheim, Prinz Handlerystr. 57, allgemeine Funktionärsversammlung. Jeder Funktionär muß erscheinen.

Freitag, den 6. Januar 1933:

Groß-Berliner Funktionärversammlung 19 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelfur 24/5, Saal 5. Zutritt haben alle Parteifunktionäre und alle Parteigenossen, die Funktionäre in Gewerkschaften und Massenorganisationen sind. Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches auf Grund der von den Ortsgruppen eingereichten Funktionärs-Listen. Referent: Genosse Paul Frölich. Korreferent Genosse Max Seydewitz.

Internationale Hilfe-Vereinigung, Ortsgruppe Tempelhof-Mariendorf: Freitag, den 6. Januar, 20 Uhr, Lokal Banner, Mariendorf, Dorfstr. 2. Referat über die Amnestie. — Berichte.

Unterbezirk Brandenburg-Rathenow: Am 14. und 15. Januar Schulungskurs in Premnitz mit Genossen Paul Frölich.

SJV Bezirk Groß-Berlin

Sekretariat Magazinstraße 12a.

Mitteilungen der Bezirksleitung

Referentenschule! Am Montag um 20 Uhr im Heim Magazinstr. 12a. Paul Frölich spricht über: „Lenin — Liebknecht — Luxemburg“. Jede Gruppe muß vertreten sein.

Gewerkschaftstag am 15. Januar fällt aus. Monatsprogramme für Januar müssen sofort eingekauft werden.

Achtung! Rote Jungvolkarbeit! Die Adressen aller Interessierten Genossen müssen dem Sekretariat gemeldet werden.

Helfersitzung! Am Freitag, den 6. Januar, um 1/2 20 Uhr, im Sekretariat.

Gruppenveranstaltungen

Montag 20 Uhr: Neukölln: Prinz Handlerystraße 57.

Köpenick: Grünauer Straße 5.

Lichtenberg: Schornweberstraße 22.

Moabit: Schlesier Ufer 15.

Südwest: Yorkstraße 11.

Erwerbslosenstaffel: Mittwoch, 11 Uhr, Zusammenkunft im Sekretariat.

Aktionsbezirk Nord-Ost: Mitgliederversammlung am Dienstag um 20 Uhr, Heim Giebelstr. 35. Klausur Zwilling spricht über: Lenin — Liebknecht — Luxemburg. Alle Genossen müssen erscheinen!

Rotes Jungvolk! Gründung am Dienstag um 17 Uhr in der Schule Lauenburger Str. 20. Macht rote Propaganda!

LLLePeler! Am 15. Januar, 20 Uhr, im Heim Pankow.

Niederhaßlau b. Zw.

Die besten

Glückwünsche zum Jahreswechsel
entbieten:

Volkshaus Niederhaßlau

Eigenheim des Zentralsportvereins

Der Verwaltungsrat * Die Bewirtschaftung

Ruf: 2674

Max Sperling Schuhwaren und Reparatur Querstraße 3	F.H. Flechsig Jr. Eisenwarenhandlung	P. B. Meier Buchdruckerel Hauptstraße
Paul Pilz Bau- und Möbelschlerei Holzberg 4	Paul Lorenz Bedachungsgeschäft Holzberg 1	Walter Fickel Uhren — Gold Silberwaren
Willy Knoll Milchgeschäft Rosenthaler Straße 49	Kurt Pilz u. Frau Fahrräder, Nähmaschinen, Radio Heinrichstraße 15	Arno Fugmann Fahrrad- und Radiohandl. Hauptstraße
Frieda Martin Lebensmittel Mariengasse	Herbert Horn Damen- und Herren- Friseurgeschäft	Urania- Lichtspiele Niederhaßlau
Alban Müller Grünwaren und Delikatessen Amalienstraße	Ernst Schubert u. Frau Bäckerei Rathausstraße 10	Anna vw. Weller Fleischerei Friedhofstraße
Restaurant „Garküche“ Rosenthaler Straße Willy Schott und Frau	Richsteigers Restaurant Albert Förster u. Frau 28., 29., 30., Januar Bockbier-Ausschank	
Fritz Meier Bierhandlung — Grünwaren Querstraße 1	Gustav Röhlig u. Frau Kolonial- und Grünwaren Friedhofstr. 31	

CAINSDORF

ERICH SCHROTZER
Bäckerei Siedlung

PAUL STRUNZ, Bäckerei
Hauptstraße 20

PAUL BAUER und Frau
Schnittwarenhandlung Hauptstr. 63

FRITZ SCHNEIDERS
Lebensmittelhäuser
Hauptstr. Lindenstr.

JOHANNES WEISSFLOG
Schuhmacherei Hauptstr. 12

HUGO FRITZSCH
Sattlerei u. Polstermöbel Hauptstr. 47

STETTIN

**Feinbäckerei und Konditorei
Gustav Tillack**
Stettin, Grenzstraße 19
Täglich frische Backwaren jeder Art

Arbeiterkalender

„Roter Pionier“

im Taschenformat, 160 Seiten stark
Der einzige Taschenkalender, der alle Anforderungen erfüllt

1933

Der Kalender kann bezogen werden bei allen SAP- und SJV-Litoblen, vom Verlag der SAZ oder direkt vom Verlag Roter Pionier (SJV Ostschlesien, Dresden-A 1, Jakobsgasse 5, 1)

Bis auf wenige Exemplare vergriffen ist die wertvolle Arbeiterbibliothek für 10,- Rm.

Wir reservieren auf Wunsch bis 25. Januar 1933 Exemplare, wenn die Bestellung bald eingesandt wird!

Um den evolutionären Hand- und Kopiarbeitern die Möglichkeit zu bieten, sich trotz der trostlosen ökonomischer Verhältnisse eine Bibliothek, darstellend wichtige revolutionäre Geisteserbinde, einzurichten, gibt der Verlag der „Aktion“ zwei besten seiner Verlagspublikationen — eine politische und eine literarische —, die im Buchhandel zusammen über 40 RM kosten, für nur 10 RM. ab

Die Reihe der politischen Schriften enthält:

Karl Liebknecht. Briefe im dem Felde, dem Gefängnis und dem Zuchthaus.
Gorter. Historischer Materialismus.
Leo Trotzki. Wer leitet die Kommunistische Internationale?
Leo Trotzki. Die permanente Revolution (ein Werk, das jeder Marxist studieren sollte).
Leo Trotzki. Anklagen aus der Verbannung.
Leo Trotzki. Die Lehren des Oktober.
Leo Trotzki. Die Fiktionen der Geschichte der Oktoberrevolution.
Leo Trotzki. Über den Fünfjahresplan. (Erfolge des Sozialismus und Gefahren des Abenteuerismus).
Leo Trotzki. Die Wendung der Kommunistischen Internationale und die Lage in Deutschland.
Lamatschewski. Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse.
Karl Liebknecht - Rosa Luxemburg-Gedächtnisheft.

Lenin. Die nächsten Aufgaben einer Sowjetmacht.
Lenin. Kundgebungen.
Rosa Luxemburg. Die russische Revolution (Aktionen-Druck).
Marx-Engels. Der Bürgerkrieg in Frankreich.
John Most. Für die Einheitstendenz des revolutionären Proletariats.
Max Herrmann. Die bürgerliche Literaturgeschichte und das Proletariat.
Gené Marchand. Warum ich mich der sozialen Revolution anschließen habe.
Sedow. (Über Sowjetrußland).
Johannes R. Becher. An Alle!
Oskar Kaseh. Revolutionäre Manifeste.
Franz Mehring. Aufsätze aus der Kriegszeit.
Tobler-Christinger. Probleme des Bolschewismus.
Fritz Brupbacher (Zürich). Marx und Bakunin. (Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiter-Internationale).

Die Reihe der literarischen Werke enthält:

Kurd Adler. Gesammelte Lyrik.
Anthologie jüngerer technischer Lyrik.
Ludwig Bäumer. Das linke Gericht.
Gottfried Benn. Der Vermessungsdiener.
Gottfried Benn. Diesterweg.
Josef Capek. Der Sohn des Bösen (Novellen).
Johann. Franz-Ossische Lyrik in deutscher Nachdichtung von Däubler.
Max Herrmann. Emilie Zola, der Dichter des revolutionären Proletariats.
Karl Jakob Hirsch. Revolutionäre Kunst.
Jakob van Hadda. Weltende.
Victor Hugo. Ueber Voltaire.
Franz Jung. Saul (Drama).
Franz Jung. Operation (Roman).
Franz Jung. Sonette aus der Welt (Roman).
Franz Jung. Joe Frank illustriert die Welt.

Tarasoff Rodionoff. Schokolade. Roman a. d. Oktoberrevolution.
Oskar Kaseh. Die Schande. Gedichte eines Zwangsoldaten der „Großen Zeit“.
Wilhelm Klemm. Aufforderung (Lyrik).
Der Kriegskämpfer Doktor Alfred Korr am Pranger.
Karl Otten. Erhebung der Herzen.
Charles Féry. Aufsätze.
Franz Pierrert. 1914/15. Antarktislyrik.
Maximilian Rosenberg. Umwelt (Gedichte).
Maximilian Rosenberg. Der Soldat (Erzählung).
Otto Rühle. Das kommunistische Schulprogramm.
Sawaty. Das Buch in saffian (Roman).
Heinrich Schaefer. Die Erzählungen.
Heinrich Schaefer. Gefangenschaft (Roman).
Carl Sternheim. Prosatücke.
Carl Sternheim. Die deutsche Revolution.
Claire Sinder. Mitwelt.

Es steht dem Besteller frei, nur eine Reihe zu beziehen zum Preise von 5,- RM. Aber eine Auswahl aus der Auswahl zu treffen ist nicht von Einfluß auf den Gesamtpreis, denn die regulären Preise der Werke sind nicht aufgehoben! Wer z. B. nur Liebknechts „Briefe aus dem Felde, dem Gefängnis und dem Zuchthaus“ bestellt, hat für dieses Werk 2,50 RM. zu zahlen, wer Liebknecht und Trotzki „Permanente Revolution“ bestellt, muß schon für diese zwei Bücher mehr als fünf Mark (ausgeben Rabatt) kann auf die Reihenpreise natürlich nicht gewährt werden.

Dieses Angebot gilt nur soweit der sehr geringe Vorrat reicht!

Bestellungen sind zu richten an die Buchversandabteilung der „Aktion“, Berlin-Wilmersdorf. — Versand gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme des Betrages zuzüglich Nachnahmespesen.



NEUJAHRSGRÜSSE 1933



WILKAU

HANS PILZ und Frau
Materialwaren
Cainsdorfer Straße

JOHANNE GÜNTHER
Lebensmittel
Cainsdorfer Straße

Kurt Müller und Frau
Schuhhaus
Kirchberger Straße

Paul Pampel und Frau
Schokoladen und Kolonialwaren
Kirchberger Straße

Allen Gästen, Sportlern, Freunden und Bekannten
PROSIT NEUJAHR!
Restaurant „Zur Linde“
Ruf 7013
Kurt Meyer und Frau

H. Charissie und Frau
Drogerie G. Donner
Kirchberger Straße

Gasthof Kaisersaal
Arno Kunz und Frau

Albert Furcht und Frau
Zigarrenhaus
Kirchberger Straße

Reserviert B.

Arno Massalsky u. Frau
Fleischerei
Cainsdorfer Straße 1

William Rebentrost u. Frau
Schuh- und Sporthaus
Karl-Marx-Straße

Willy Flechsig und Frau
Fleischerei
Kirchberger Straße

Hermann Triebel u. Frau
Lebensmittel
Zimmerstraße

ERICH KÜNZEL und Frau
Bäckerei
Cainsdorfer Straße 25

Alfred Thomas u. Frau
Leihbibliothek und Zigarrenhaus
Culitzscher Straße

ERICH GÖRLER und Frau
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Möbelwerkstätten
FRIEDRICH MARTIN
Wilkau
Hauptstraße 24 und Haarer Straße 54

OTTO WEICHERT u. Frau
Linoleumhaus — Sattlerei
Kirchberger Straße 34

Restaurant Haltestelle
R. EBERT und Frau
Kirchberger Straße
4., 5. u. 6. Februar: Bockbierfest

FRIEDA BAUERLE
Lebensmittel
Heinrich-Nietel-Straße

EMIL RAUSCHER und Frau
Kohlen-Brikett-Fuhrgeschäft
Haarer Straße

Modenkauflhaus
Bernhard Höfert
Wilkau

OSWALD BLÄTTERLEIN
Kolonialwaren, Spirituosen, Samenhandlung
Bachstraße

August Schürer und Frau
Bäckerei
Schulstraße 13

BRUNO SCHÜRER
En gros — Lebensmittelgeschäft — En detail

Volksbad Wilkau
Fritz Dick und Frau

WALTER LORENZ u. Frau
Herren-, Sport- und Arbeiter-Bekleidung

HERBERT MEYER u. Frau
Bäckerei und Konditorei
Kirchberger Straße

PLANITZ

Ficker's Lebensmittelhaus
Kohlen — Briketts — Fuhrn aller Art
Damaschke Straße 2

CURT WALTHER
Lederhandlung

Lebensmittelgeschäft
Eduard Barth
Inh. Anna verw. Barth

Schreiers
Fahrrad- und Musikhaus

ALFRED UHLMANN
Polstermöbel

KURT UNGER
Dekorationsmalerei

MARIENBAD
Alfred Pfeiffer und Frau

OTTO FRANKE
Küschnermeister

Stern-Drogerie
OTTO BARTH
Planitz-O.
Langenfelder Straße 85a

VOLKSHAUS PLANITZ

ZWICKAU

DEUTSCHES THEATER

Neujahrsprogramm
„Die fidele Herrenpartie“
Großspiel mit Fritz Kampers, Hermann Pich.
Dazu: Harry Liedtke in
„DONAUWALZER“
Unsere werten Besuchern
ein frohes Neujahr!
Die Direktion: Heinr. Machhmer

Gasthaus zum Anker
Zwickau — Schedewitz
Kurt Baumann und Frau
4., 5. u. 6. Februar: Bockbierfest

Reserviert O.

LEO WEISER
Spezial-Eier-Großhandlung
Innere Schneeberger Str. 24
Telefon 5567 und 7567

MYLAU

ORTSGRUPPE MYLAU
der Sozialistischen Arbeiterpartei.
Allen Genossinnen und Genossen
zum Jahreswechsel ein
„Kampfbereit“
Der Vorstand
I. A.: O. Richter

Turnverein Freie Turnerschaft
Mylau i. V.
Allen Mitgliedern nebst Angehörigen, sowie
Freunden der Arbeiter-Turn- und Sport-
bewegung zum Jahreswechsel ein kräftiges
„Frei Heil!“

Allen meinen werten Kunden und Bekannten
ein gesundes neues Jahr!
Otto Dick u. Frau, Malermeister

Ein **PROSIT NEUJAHR**
entbietet allen werten Gästen
und Bekannten
Rob. Spranger und Frau
Restaurant Trinkhalle
Mylau i. V.

WILKAU

Ollo Neef
und Frau
Elektro-
Installation
Kirchberger
Straße

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH
zum Jahreswechsel!

Volkspfürsorge

Gewerkschaftlich Genossen-
schaftliche Versicherungs A.-G.
RECHNUNGSSTELLE ZWICKAU
Äußere Schneeberger Straße 16

ELSTERBERG

Turnverein „Frisch auf“
Elsterberg i. Vogtl.

Albert Schultheiss u. Frau
Elsterberg i. Vogtl.

BOCKWA

ALBIN KRAUSS u. Frau
Bäckerei
Schneeberger Straße

KLARA MODALEK
Schnittwaren
Schneeberger Straße

ANNA KETSCHER
Restaurant „Wiener Spitze“
Brauereistraße

Manfred Dörner u. Frau
Bier- und Kohlenhandlung
Schneeberger Straße

GEBRÜDER ALBERT
Mineralwasserfabrik u. Bierversand
Schneeberger Straße

MAX LAHR und Frau
Lebensmittelgeschäft
Ernst-Goltz-Straße

Ernst Brückner u. Frau
Bäckerei
Ernst-Goltz-Straße

Herrmann Windisch
und Frau
Fleischerei
Schneeberger Straße

Rudolf Heidenfelder
Schuhmacher
Brauereistraße 4

Richard Sonntag u. Frau
Lebensmittel
Brauereistraße

KURT BACH und Frau
Lebensmittel
Friedrichstraße

Paul Dreier und Frau
Fleischerei
Brauereistraße

Bruno REINHART und Frau
Fleischerei
Ernst-Goltz-Straße

Fa. Oskar Westland
Mineralwasserfabrik und Bierversand
Schneeberger Straße

EMIL UNGETHÜM
Kolonialwaren und Kaffeebörsterei
Schneeberger Straße

OTTO UNGER und Frau
Fleischerei
Schneeberger Straße

PAUL HOFMANN und Frau
Lebensmittelhaus
Brauereistraße

ARNO MÜLLER und Frau
Kolonialwaren
Hüttenweg Ruf 6390

NETSCHKAU

Herzliche Neujahrsgrüße
Restaurant
„GOLDENE BRÜCKE“
Arno Lenk

PLAUEN

FROHES UND GESUNDES
„Neues Jahr“
wünscht allen seinen Gästen
KURT KÖHLER u. FRAU
Pächter vom Gewerkschaftshaus

Ein Ford-Arbeiter erzählt:

Die Hölle von Detroit

Von einem Arbeiter der Fordwerke in Detroit (Amerika), der sich gegenwärtig in Deutschland auf Urlaub befindet erhalten wir nachstehende interessante Schilderungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesen Werken.

Wieder einmal wird Henry Ford als Held gepriesen. Er hat zwei neue Automobilmotoren herausgebracht, und zwar — so behaupten seine mannigfachen Bewunderer — gerade zur rechten Zeit, um die Wirtschaftsdpression zu beenden. Tausende von Menschen wird er wieder zur Arbeit zurückbringen. Seinen neuen Wagen wird er, wie er selbst bescheiden erklärt, ohne jeden Profit verkaufen, nur um so zur Rettung seines amerikanischen Vaterlandes beizutragen. Mit einem Wort, er ist der Retter Amerikas, das Ideal unseres Zeitalters.

Nun ist allerdings wichtig, zu wissen, daß Ford'seigne Arbeiter, die ihn doch wirklich am besten kennen, nichts von alledem glauben. Sie haben auch alle Ursache dazu.

Als in den Ford-Werken die 5-Tage-Woche eingeführt wurde, redete man den Leuten ein, man werde ihnen 6 Tage bezahlen, sofern sie nur die gleiche Leistung vollbrachten wie früher. 1928 schrieb Ford selbst: „Wir werden für unsere Angestellten an der 5-Tage-Woche festhalten. Diese Einrichtung auf der Grundlage des 6-Tage-Lohns bewährt sich glänzend.“ Aber zur gleichen Zeit

war zwar die 5-Tage-Produktion schon größer als die in sechs Tagen erzielte

und dennoch erhielt die Mehrzahl der Arbeiter keineswegs den versprochenen Lohnausgleich. Ja, im River-Rouge-Werk wurden um dieselbe Zeit, da Ford solche Legenden verbreiten ließ, die Löhne noch gesenkt.

Lohnraub auch bei Ford

Die Behauptung, daß die Löhne in den Ford-Werken nie gesenkt werden, ist eine der größten Lügen der publizistischen Agenten Fords. Als die Werke 1929 zur Herstellung des Modells A wieder eröffnet worden waren, wurden Tausende von älteren Arbeitern, die 8-10 Dollars täglich verdient hatten, entlassen und für 5 Dollars täglich wieder eingestellt. So ein alter Maschinist, der vor dem Abbau 8.40 Dollar täglich verdient hatte. Einen Werkzeugmacher, der 1.10 Dollar die Stunde verdient hatte, wurde bei seiner Rückkehr der Mindestlohn von 85 cts. angeboten. In vielen Fällen wurden die älteren Leute nicht mehr eingestellt. Jüngere nahmen zu ihre Plätze zu niedrigeren Löhnen ein.

Dieser Prozeß, der immer noch anhält, wird durch einen anderen ergänzt. Es werden Leute von Abteilung zu Abteilung versetzt. Bei jeder Versetzung werden die Löhne kleiner. Selbst die Arbeiter des aristokratischen Lincoln-Werkes, welche mehr als einen Dollar in der Stunde verdienen, sind auf dieses Niveau herabgesetzt worden. Dem Fernstehenden mag auch dieser Lohn noch hoch erscheinen.

Doch die Mehrzahl der Ford-Arbeiter hat in der letzten Zeit nur noch drei Tage wöchentlich gearbeitet.

Im Jahre 1931 wurden die Löhne der Ford-Arbeiter weniger als 1000 Dollar jährlich.

Im Jahre 1931 wurden die Löhne nochmals gesenkt und überdies wurde die

Arbeitswoche auf ein bis zwei Tage wöchentlich reduziert.

Ford ist in nicht geringem Maße an der Überflutung Detroit's durch Arbeitsuchende schuld. Anfang 1929 gab er bekannt, daß er 30 000 Arbeiter einstellen wolle. Tausende von Arbeitern strömten nach Detroit, viele von ihnen mit ihren Familien, viele ohne jeden Pfennig. Nacht für Nacht standen diese Menschen im bittersten Frostwetter Schlange. Einige hundert wurden eingestellt,

die anderen wurden mittels Rauchscheiden, die auf sie gerichtet wurden, zurückgetrieben.

1930 entstand ein ähnlicher Tumult, bei dem 10 000 Arbeitslose das Werk stürmten und das Anwerbungs-büro sowie das Stacheldrahtgitter, das es schützte, zerschlugen. Daraufhin setzte von seiten der Polizei eine rigorose Unterdrückungsaktion ein. Die Leute durften sich kein Feuer mehr anzünden, um sich zu wärmen. Man verbot ihnen, sich in Gruppen anzusammeln, bei Anstellung in Reihen mußten sie sich schnell vorwärts bewegen, wenn sie es vermeiden wollten, geschlagen zu werden. Diese polizeiliche Bewachung wird jetzt noch aufrecht erhalten, seitdem auf das Gerücht hin, daß Ford „einstellt“ wieder Tausende von Menschen vom Rouge-Werk geölt sind.

Wahnsinniges Antreibersystem

Nicht ohne Grund ist Fords Rouge-Werk bei seinen Arbeitern in Verruf. Die verbreitetste Klage ist das furchtbare Hetzttempo, in dem sie arbeiten müssen. Infolge des Antreibersystems, nach dem das ganze Werk arbeitet, haben die Leute keine Zeit, miteinander zu sprechen, haben keine Pause außer 15-20 Minuten Mittag (Lunch)

und können zu den Toiletten nur gehen, wenn Stellvertreter bereit sind.

Die am Fließband (Conveyer) zu vertreten. Auch die berühmte Lohnerhöhung von 1929 wurde nur durch Arbeitsbeschleunigung finanziert. Seit jener Zeit ist dieser Prozeß ständig weitergetrieben worden. Ein Schleifer erzählte mir kürzlich: „Die Maschinen, die ich laufend bedienen muß, haben die Ausdehnung eines kleinen Häuserblocks. Wenn ich bei der letzten bin, steht die erste schon still. Der Vorarbeiter schreit dann nach mir, und ich muß zurückkommen, und so hin und her, von der ersten zur letzten, und von der letzten zur ersten Maschine. Und jetzt jetzt geht mir der Meister, daß man mir noch mehr Maschinen geben will.“ Ein Arbeiter an Frischbrot begann vor einigen Jahren seine Arbeit mit der Bedienung von vier Maschinen. Später wurde die Zahl auf sechs erhöht. Ein Jahr später übergab man ihm neun zur Aufsicht, und jetzt ist diese Zahl auf zwölf erhöht worden. Bei jeder Aenderung in der Maschinerie

Steigen der Unfallziffer

Diese Arbeitsbeschleunigung, verbunden mit der nervösen Spannung, die gegenwärtig im Werk herrscht, hat eine höhere Unfallziffer zur Folge. Kein Außenstehender hört von diesen Unfällen, denn Ford hat sein eigenes Krankenhaus im Rouge-Werk, in dem ebenfalls das

Antreibersystem herrscht, und die Detroit-Zeitungen sind nicht besonders gierig, solche Unfälle zu bringen. Es besteht die Ansicht unter den Auto-Arbeitern, die allerdings nicht dokumentiert ist,

daß im Rouge-Werk jeden Tag ein Mensch geölt wird.

Um der Arbeitsbeschleunigung willen wird sogar dem Sicherheitsdepartement zuwider gehandelt. Bei einer Schleifmaschine zersprang des öfteren die rotierende Schleifscheibe, wodurch der Arbeiter schweren Gesichtsverwundungen ausgesetzt war. Das Sicherheits-Departement befahl eine neue Sicherheits-Vorrichtung anzubringen. Einige Wochen später wurde sie wieder entfernt und die alte Scheibe angebracht. Die neue Vorrichtung hatte den Arbeitsgang verlangsam-

Ford wird auch keinen Schadenersatz zahlen, wenn er es irgendwie vermeiden kann. Ein Arbeiter erlitt einen Bruch. Die Gesellschaft verweigerte ihm Entschädigung. Ein Nege wurde bei der Arbeit am Fuß verletzt. Er war mehrere Wochen bettlägerig und hinkte danach mehrere Monate. Die Kompagnie wollte ihm keine Entschädigung zahlen, sondern bot ihm eine andere Arbeit an. Er nahm die Arbeit wieder auf und wurde vier Wochen später entlassen. Die Stimmung, die durch diese Umstände geschaffen ist, wird durch eine Menge kleinlicher und tyrannischer Maßnahmen verschärft. Im vergangenen Sommer

wurde die Limonade für die Arbeiter im Schmelzwerk abgeschafft

und den Leuten der Rat erteilt, statt dessen gewöhnliches helbes Wasser zu trinken und täglich drei oder vier Pillen einzunehmen, die der Vorarbeiter ihnen gab. Zu gewissen Zeiten kann es einem passieren, daß man an die Luft gesetzt wird, wenn man den Hauptflügel seines Arbeitsgebäudes entlang geht. Zu anderen Zeiten wird es einem angedreht, wenn man auf dem Wege zur Arbeit bei der Betrachtung einer Maschine erwischt wird. Früher war es gleichgültig, wo man sein Abzeichen trug, wenn es nur zu sehen war. Ueber Nacht wurde ein Befehl herausgegeben, daß es an der linken Brustseite getragen werden sollte, und ein jeder, der es vergaß, wurde entlassen. In Zeiten wie diesen, in der jede Ausrufe ergriffen wird, um Leute zu entlassen, wird es eine nervenzermürbende Qual, wenn man sich in seiner Stelle halten will. Bleibt man zu lange auf der Toilette, fliegt man. Frühstück man auf einer Zufahrtstraße, fliegt man. Ist man auf dem Flur, fliegt man. Spricht man zu den Leuten der ablösenden Schicht, fliegt man.

Neues Auto oder ...?

Es ist überdies Tatsache, daß jeder, der im Werk Rouge arbeitet, für einen Fordwagen in der Kreide ist. Seit jeher werden die Arbeiter alljährlich mit Fragen belästigt, welchen Autotyp sie besitzen, wenn sie sich einen neuen Wagen anschaffen wollen usw. Seit Frühjahr 1930 wendet man diese Methode systematisch an, um die Arbeiter bei Strafe des Arbeitsverlustes zu zwingen, sich einen Ford anzuschaffen. Monatlang brachte die „Detroit-News“ Briefe von Arbeitern und deren Frauen, in denen dagegen protestiert wurde. Als die Zeitung bei Ford anfragte, wurde ganz entschieden geantwortet, daß solche erzwungenen Käufe von Ford-

wagen vorkämen. Doch immer weiter laufen Briefe dieses Inhalts bei der Zeitung ein — und mit Recht. In einem mir bekannten Falle hielt die Kompagnie einem Arbeiter, der einen Fordwagen gekauft hatte, nicht einmal ihr Wort. Dieser Mann verkaufte sein altes Auto, nahm eine Hypothek auf sein Haus, um einen neuen Wagen zu kaufen, und nach einigen Tagen wurde er entlassen. Ich kenne einige Fälle, wo Arbeiter gezwungen wurden, Fordwagen zu kaufen; zwei von ihnen wurden die Wagen abgenommen, als sie entlassen wurden und die Raten nicht bezahlen konnten.

Das System der Pinkertons

Die aus diesen Zuständen entstehende Unzufriedenheit wird durch die Aufsichtsabteilung im Zaum gehalten. Sie stellt Männer an, die aufpassen, daß die Arbeiter nicht miteinander sprechen, verhindert, daß die Meister zu ihren Arbeitern freundlich werden und setzt tausend kleinliche Vorschriften durch. Sie selbst untersteht keiner Vorschrift. Es ist bezeichnend, daß, als ein Personalchef der Aufsichtsabteilung dadurch zu trotzen versuchte, daß er einen Mann befehlt, den zu entlassen sie ihm befohlen hatten, er selbst entlassen wurde und das Personalbüro der Aufsichtsabteilung angeklagt wurde. Infolge meiner eigenen Erfahrungen mit dieser Abteilung bin ich durchaus geneigt, der Meinung eines ihrer ehemaligen Mitglieder beizupflichten, das behauptet,

daß sie sich aus ehemaligen Berufsboxern zusammensetzt. Sie sind die gefährlichsten, verschnittensten und gefürchtetsten Menschen des ganzen Werkes.

Die Geheimabteilung betätigt sich unauffälliger. Ihre Mitglieder sind über das ganze Werk zerstreut und arbeiten zusammen mit den gewöhnlichen Arbeitern. Ihre Aufgabe ist es, unter den Arbeitern „horum-zuhorchen“, ausfindig zu machen, was vorgeht und solche festzustellen, die „gefährliche Gedanken“ äußern. Auf diese Weise wird auch die mildeste Kritik an Ford mit plötzlicher und geräuschloser Entlassung beantwortet. Charles E. Sorrensen, der Chefingenieur und absolute Herrscher des Rouge-Werkes, behauptet, daß niemand wegen „politischem Radikalismus“ aus dem Werk entlassen werde. Die Kompagnie erklärt, daß sie mit anderen Firmen keine schwarzen Listen austauscht, aber dennoch keine Gewerkschaftsbildung und keine radikale Propaganda dulde. Tatsächlich ist es so leicht, einen Menschen wegen „politischer Propaganda“ an die Luft zu setzen, daß die Meister manchmal diesen Vorwand in skrupelloser Weise ausnutzen, um Leute loszuwerden, die sie nicht leiden können. Es gibt Mitglieder der Federation of Labor im Rouge-Werk — doch sie werden nur geduldet, weil sie den Mund halten. Jene aber, die nicht still sein können, werden durch die „stillen Männer“ des Geheimdienstes beseitigt.

Offene Geheimnisse sind es, die ich hier geschildert habe. Sie werden genügen, um zu zeigen, warum die Fordarbeiter weit davon entfernt sind, in ihrem Unternehmer einen Helden zu sehen. Er ist Kapitalist wie jeder andere in den Ländern Europas, und auch die amerikanische Arbeiterschaft wird ihre Interessen nur im schärfsten Kampfe gegenüber den Profitbestrebungen ihrer Kapitalisten durchsetzen können.



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Tschuschkina erwiderte dieses Zwischenruf mit einem breiten Lächeln und wurde wieder streng wie ein Heiligenbild.

„Halt, bitte, das Maul! ... Für manch einen ist's schön, für manch einen traurig ...“

Die Stimme von vorher rief wieder, diesmal friedlich:

„Nun gut ... ich nehme diese Berichtigung an.“

„Also, liebe Genossen ... Ihr kennt die Sache. Richtet selbst darüber, wir übergeben sie eurem Willen. Wäre dies eine Sache, die nur zwischen Mann und Frau vor sich geht und dazu noch im Dorf, dann würden wir nur dies und jenes darüber reden ... Fremder Gestank macht uns nicht krank ... Der Mann ist eben der einzige Richter seiner Frau ...“

Aber unsere Sache steht anders: wir sind ein Kollektiv, eine Familie: wir sind viele, aber wir alle sind wie einer. Meine Sache geht alle an, wir haben keine Privatangelegenheiten. Wir kochen alle in einem Kessel, wie ein Brei, und in diesen Kessel kann auch nicht ein einziges Körnchen auf eigene Weise über sein Los verfügen. In unserem brüderlichen Leben kann man nur Schritt in Schritt gehen, Herz an Herz, Seele an Seele. Tritt einer dem anderen auf den Fuß, dann stolpern alle und stellt sich jemand in den Weg, dann geschieht eins von beiden: entweder entsteht ein Wirbel, ein Durcheinander, eine Verwirrung, eine Keilerei, eine Zerstörung von Leben, oder, liebe Genossen, für so einen Menschen ist ein böses Ende unvermeidlich, man zerstampft ihn, man wirft ihn auf den Misthaufen.“

Zur Sache, Tschuschkina! ... Wir können

das schon ... überfließ nicht ... Stell die Frage scharf ...

„Die Sache selbst müßt ihr mit großer Aufmerksamkeit behandeln ... Man muß sie liquidieren, sie hat uns alle genug Kräfte gekostet.“

„Red nicht so lang, Tschuschkina! ... Stell die Frage scharf ... die Versammlungsleitung muß gewählt werden.“

Bankin stand auf und las monoton, im Namen der Zelle, eine Liste von sieben Namen vor. Auf dieser Liste befanden sich auch Kirikow und ich. Man erklärte sich ohne Abstimmung mit ihr einverstanden. Ich begab mich auf die Bühne, als schon alle um den Tisch herumsaßen und setzte mich neben Prochor. Er sah mich mutlos an, runzelte hoffnungslos die Stirn und kniff mich ins Bein.

„Machen Sie keine dummen Späße, Prochor: Sie nehmen jetzt an einem Tribunal teil.“

„Pythäisches Orakel! Das ist kein Tribunal, das ist eine Totenmesse. Das Opfern eines Lämmchens ... Die Tschuschkina ist eine Welterlöserin ... Ihre Backenknochen krachen schon im Vorgefuß der Spiele der wilden Leidenschaften ... Bankin würde es mit kalter Objektivität die Liquidierung der wirklichen Konflikte nennen ... Ist das nicht eine saftige Sprache? Was meinen Sie, Pädagogin?“

„Sie haben eine sehr schlechte Eigenschaft, Prochor: Sie vergeuden zuviel Energie für falsche Zungenschläge.“

„Das ist die Eigentümlichkeit aller Philosophen. Sie sind rührend naiv und ungebildet, Pädagogin.“

Plötzlich war die ganze Bühne leer. Silberne Staubstreifen zogen sich von der Decke herunter. Zwischen ihnen standen Frauen und Mädchen, starr vor Erregung, wie auf Wachtposten. In einem kleinen Abstand vom Tisch saß auf einem Stuhl Anissja Matwejewna. Ihre Arme hingen schlaff herab. Sie glotzte dumpf mit nichtsehenden Augen in die Leere. Ihr Gesicht war starr wie bei einem zum Tode Verurteilten. Sie war an diesem Tage noch magerer geworden. Sie tat mir, aus einem mir unbekanntem Grund, qualvoll schmerzhaft leid. Was durchlebte sie im Augenblick?

Zwischen ihr und dem Tisch, an dem die Versammlungsleitung saß, erschien Wjetrow.

Er war blaß, aber ruhig. Leiden war in seinen Augen, in den harten Falten der Wangen. Im ersten Augenblick sah er schweigend in den Spal, auf die heißen Köpfe, auf die gierigen Augen. Er rieb sich die Hände, als sei ihm kalt, seufzte einmal auf und schien sich an irgendeinem harten Gedanken festzubohren. Der Saal verstummte und erstarrte. Es schien, als würde jener Augenblick eine der Frauen laut aufheulen.

„Ich trete vor euch, Genossen Kommunare, nicht um die Bürgerin Wjetrowa wegen ihrer Verbrechen gegen die Kommune anzuklagen, sondern, damit ihr mit aller Strenge und schonungslos auch gleichzeitig über mich Gericht haltet, über mich, den ihr bis heute als euren Vorsitzenden geduldet habt. Ihr müßt noch schonungslos gegen mich sein, nicht weil ich mir persönlich mit meinem Verhalten geschadet habe, sondern der ganzen Kommune, euch allen. Die Tschuschkina hat richtig gesagt: in unserer brüderlichen Familie gibt es keine Privatangelegenheiten. Jede Sache ist Sache der Kommune. Die Schwäche eines jeden Einzelnen ist die verwundbare Stelle des ganzen Kollektivs. Das Vergehen eines Einzelnen desorganisiert alle. Eine Schädlingstat kann, wie ein Bazillus, alle töten.“

Wieder rief aus dem Dickicht der Köpfe und Augen eine junge Stimme ungeduldig:

„Mach Schluss mit dem Vorwort, Andruschka, pack's an der Wurzel.“

Tschuschkina klingelte streng mit dem Glöckchen.

Wjetrow trat einen Schritt nach vorn, wurde plötzlich hart und seine Stimme klang fast drohend.

„Lange Zeit war die Bürgerin Wjetrowa eine Feindin der Kommune. Zuerst sabotierte sie einfach, dann begann sie eine offene Wühlarbeit. Sie war meine Frau, ich führte einen hartnäckigen Kampf mit ihr. Ich wollte mit allen Mitteln ihren Widerstand brechen. Ich verlor nicht die Hoffnung. Ich dachte: ja, nun, alles nehme ich auf mich, aber ich knete sie, doch um. Der bäuerliche Besitzerwahn brach aber bei ihr nicht plötzlich aus. Das begann vor zwei Jahren, als das Dorf und wir uns gefestigt hatten. Es zog sie wieder zurück.“

Das Dorf rülpste in ihr auf. Dazu kamen noch die Beziehungen zu ihren Eltern. Als Kommunarin hätte sie die ihr aufgelegte Arbeit verrichten müssen, sie aber sperrte sich in ihrem Zimmer ein. Statt eines Arztes — eine Quacksalberin, einen Popen. Statt Liquidierung des Analphabetismus — die Kirche. Sie hat hier weder Freunde noch Kameraden, sie leht ganz in der Vergangenheit, und unsere Feinde sind ihre Freunde. Sie nützen sie für ihre Interessen aus. Ja nun? Was heute geschah, wißt ihr. Also, Genossen, ich habe nicht rechtzeitig energische Maßnahmen gegen diese Frau angewendet und fügte der Kommune großen Schaden dadurch zu. Meine Versuche sie umzuwerfen, erlitten eine große Niederlage. Ich erkläre, daß sie mir weder Frau noch Genosse ist, sie ist mein Totfeind. Ich breche mit ihr für immer. Ich bin der Ansicht, daß man sie nicht länger in der Kommune dulden darf. Eine besondere Kommission wird alle Tatsachen über ihre Schädlingarbeit untersuchen und sie zu eurer Kenntnis bringen.“

Ohne die Frau anzusehen, setzte er sich an das äußerste Ende des Tisches, mit dem Selbstgefühl eines Menschen, der sich stolz und sicher in die Hände des strengsten Richters, dieser ganzen Masse von Menschen gibt; diese Masse aber kann mit ihm machen, was sie will.

Anissja saß wie vordem halb tot da. Sie begriff kaum, was rund um sie vorging, sie hörte kaum, was Wjetrow gesagt hatte.

Die Tschuschkina stand auf, klingelte mit dem Glöckchen. Es war gar kein Anlaß dazu, denn der Saal schwieg und alle Blicke waren auf Wjetrow und seine Frau gerichtet.

„Genossen, jetzt sollt ihr mit eurer ganzen Achtsamkeit, mit eurer ganzen Auffassungsgabe frisch von der Leber weg sprechen. Frechheiten oder gar Verhöhnungen werden wir nicht dulden. Die Sache ist eine schwere, ernste Sache, Genossen. Mit einem Menschen haben wir's zu tun, das ist kein Spaß, Genossen.“

Sie sprach nicht, sie sang wie ein Klageweib, mit liebevoller Eindringlichkeit.

Der Saal schwieg und regte sich in tiefem, innerem Nachdenken auf. Dieses Schweigen war qualvoll und hart. (Fortsetzung folgt.)

Vom „goldnen“ Überfluß der Welt

Preisschiebung und Massenelend / Von C. Diemer

Zeltungsnotiz

Essen, 19. Dezember. Seit einigen Tagen werden auf der Schachtanlage „Heinrich“ Heberhühner, Versuche mit argentinischem Roggen als Bindemittel zur Herstellung von Bricketts unternommen.

Man kennt solche Zeitungsnotizen wie diese Notiz, deshalb überrascht sie kaum. Sie schließt sich übereinstimmend mit den anderen Berichten an und vervollständigt das Register kapitalistischen Vernichtungswahnsinns: Kaffee zu Heizzwecken benutzt, Getreide aus Ueberfluß verbrannt, Bananenladungen vernichtet, Fische ins Meer zurückgeschüttelt, Schafherden abgeschlachtet und verachtet. — Profilinteresse steht über den allgemeinen Menschheitsinteressen, das ist ja der Sinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Profil erfordert es, daß Milliardenwerte zerstört, vernichtet werden, daß Millionen Menschen verhungern.

Vielleicht hat man Erfolg bei dem Versuch, Roggen als Bindemittel für die Brickettierung zu verwenden; bisher wurde Pech dazu benutzt. Man getraut sich jedoch kaum, diese Ungeheuerlichkeit einzugestehen, deshalb wird gesagt, es sei „argentinischer“ Roggen. Ist denn der so billig? Weit gefehlt! Der Börsenbericht sagt nämlich etwas anderes:

Deutscher Roggen . . . 16,50
Ausländischer Roggen 18,50—19,25
Einfällige Leute sind doch manchmal diese Kapitalisten, sollte man meinen.

Das reiche Erntejahr

Das Jahr 1932 ist ein überaus fruchtbares Erntejahr gewesen. Unerwartet hohe Ernterträge wurden aus den verschiedenen Erdteilen gemeldet. Getreideüberschüsse haufen sich auf Getreideüberschüsse. Australien hat einen gleich hohen Ueberfluß wie im vorigen Jahr, während Argentinien mit 6,8 Millionen gegen 6,1 Millionen Tonnen im Vorjahr noch ein Mehr von 700 000 Tonnen verzeichnet. Der Ueberfluß in Kanada beträgt einschließlich der Vorräte aus früheren Jahren 900 Millionen Bushel, das sind 24 Millionen Tonnen! Auch in Deutschland war der Ernteausfall erheblich besser als im Vorjahr, bei zumeist guten und besten Qualitäten der Erträge. Bereits am 1. September nannte das statistische Reichsamt für das Jahr 1932 einen Gesamterntebestand von Weizen, Roggen, Gerste und Hafer in Höhe von

23 372 000 Tonnen, gegenüber
20 136 000 Tonnen im vorigen Jahre, also ein

Mehrbetrag von 3 236 000 Tonnen. Ebenso war die deutsche Kartoffelernte von unerwartet gutem Ergebnis, auch hierbei liegt die Ertragsziffer mit 43 019 000 Tonnen um mehrere Millionen höher als im Jahre 1931.

Speicher und Lagerräume der ganzen Welt sind bis unter die Dächer voll gefüllt mit den reichen Ernterträgen. Getreide und Baumwolle, Kartoffeln, Obst und Gemüse, wie die Industrieerzeugnisse, so sind die Agrarprodukte im Ueberfluß vorhanden. Der Rücken der Menschheit krümmt sich unter den Reichtümern der Welt. Nüchterne Statistiker haben errechnet,

daß bei einer Durchschnittsproduktivität heute allein 10 Milliarden Menschen auf der Erde Nahrung finden könnten.

2 Milliarden Menschen sind indes nur vorhanden, doch läßt es die Macht- und Raffgier der Raubritter kapitalistischer Gesellschaftsordnung nicht zu, daß auch diese nur satt werden.

Der Preisschacher auf dem Getreidemarkt

Als die ersten Nachrichten von den guten Erntergebnissen des Jahres kamen, herrschte bei den Handelsherren der Welt zunächst Verlegenheit, dann Bestürzung, aber bald darauf wieder profittüchtige Besinnung. Durch die Handelszeitungen ging ein Geschrei, die Weltmarktpreise seien in Gefahr, und in diesem Geschrei übertraf der amerikanische Exporteur den australischen, der deutsche den brasilianischen. Da Kanada seine Monopolstellung als Weizenversorger der Welt durch gute Erntevorausagen Australiens bedroht sah, rief es mit seiner Devise: Wir verkaufen um jeden Preis, erneuert Bestürzung auf dem Weltmarkt hervor. In USA zogen die staatlichen Stabilisierungsgesellschaften ihre Weizen- und Baumwollvorräte vom Markt zurück und gaben bekannt, daß sie vor dem 1. Januar nicht mehr mit Weizen, vor dem 1. März nicht mehr mit Baumwolle auftraten würden. Diese Maßnahmen wurden zur Sicherung von Krediten und zur Sicherstellung höchstmöglicher Verkaufspreise getroffen. Von den verschiedenen Getreideausfuhrländern wurden zollpolitische Schutzdämme aufgeworfen. „Stützungsaktionen“ durchgeführt, um ihre eigene Landwirtschaft vor Preisschürzen auf dem Weltmarkt zu bewahren.

Das innerdeutsche Getreidegeschäft stand in den Herbstmonaten unter dem Zeichen allgemeiner „Unlust“. Man wartete die von der Regierung angekündigten Stützungsmaßnahmen ab, da man dadurch ein besseres Geschäft zu machen hoffte. Die erste dieser „Stützungsaktionen“ bestand in dem Aufkauf von Roggen zu Marktpreisen durch die Deutsche Getreidehandels-gesellschaft, die den Roggen, nachdem er eosiuiert, das heißt für die menschliche Verwertung unbrauchbar gemacht war, sofort wieder zu verbilligten Preisen als Fütterungsmittel weiterverkauft. Für diese recht eigenartige oder vielmehr recht sinnfällige „Stützungsaktion“ der Machthaber in Deutschland sind im Reichsstat nicht weniger als 67 Millionen bereitgestellt. Mais und Futtergerste, und jetzt auch Reislocken, Produkte also, die ausschließlich zu Fütterungszwecken dienen und die in diesem Jahre eine ungewöhnlich hohe Ernte abgeworfen haben, sind durch hohe Einfuhrzölle oder Einfuhrsperrn vom Verbrauch fast gänzlich ausgeschaltet worden.

Als Ende Oktober neue Regierungsmaßnahmen zur Hebung des Getreidepreises angekündigt wurden, trat vorübergehend eine sogenannte „Befestigung“ der Getreidepreise ein, die Inlandsangebote wurden fast völlig vom Markt zurückgezogen, um die zu erwartende Preissteigerung sich entwickeln zu lassen. Eine Verzögerung der angesagten „Stützung“ rief indes wieder Preisrückgänge hervor. Man beschwerte sich über das „viel zu geringe Eingreifen der Stützungsstelle“, was die Wirkung hatte, daß die im Dezember stärker in Angriff genommene „Stützungsaktion“ die Preisrückgänge wieder weit machte und zu einer neuen „Befestigung“ führte.

Warum sind die Kartoffel teuer?

Wie auf dem Getreidemarkt so ist es auf dem Kartoffelmarkt gelungen, durch vielfache Börsenmanöver, durch Zurückziehung vom Markt und durch Maßnahmen der Regierung den Preis hoch zu halten. Die unerhört hohen Preise, die den körglichen Lohn- oder Unterstützungssätzen geradezu Hohn sprechen, hatten zur Folge, daß der Hauptkonsument für Kartoffeln, das Industrie-proletariat, auf eine Einkellerung überhaupt verzichten mußte. Damit hatte man offenbar nicht gerechnet, denn in den Oktoberwochen lagen auf den toten Gleisen der Industriegebiete Tausende von Eisenbahnwagen mit Kartoffeln, die nicht entladen wurden, da sich keine Abnehmer fanden. Die Waggons mußten schließlich mit den in Fäulnis übergegangenen Kartoffeln wieder abgeschoben werden. Auf den Versteigerungen für Speisekartoffeln ist es vielfach zu erregten Auseinandersetzungen gekommen. Die Händler weigerten sich, auf die gemachten Gebote einzugehen. Sie rechneten damit, daß die noch bevorstehenden größeren Nachfragen nach Fabrikkartoffeln, wofür die Speisekartoffeln zurückgehalten worden sind, bessere Gewinne einbringen werden. Die Regierung hat sich inzwischen durch Erhöhung des Brennrechts für die Schnapsverwertung für eine Erhöhung des Einkaufspreises eingesetzt. Ebenfalls sind für Stärkefabrikkartoffeln Preissteigerungen eingetreten. Damit dürften die Erwartungen der Produzenten und Händler voll und ganz in Erfüllung gegangen sein.

Mahnruf an alle Leser der SAZ

Wenn wir in den letzten Stunden des Jahres 1932 eine kurze Rückschau halten, so können wir mit Stolz und Freude feststellen, daß es uns allen Widerständen und allen Schwierigkeiten zum Trotz gelungen ist, unsere Zeitung im Interesse der Partei und der Arbeiterschaft durch alle Schwierigkeiten durchzubringen. Das ist nur möglich gewesen, weil alle Genossen, die irgendwie für die Zeitung tätig sind, angefangen vom kleinsten Kolporteur, der oft täglich einige Stunden opfert um selbst dem entlegensten Leser seine Zeitung pünktlich zuzustellen, bis zu den Genossen in der Redaktion Expedition und Geschäftsleitung, ihre ganze Kraft selbstlos und aufopfernd in den Dienst der Sache stellen. Nicht genug anzuerkennen ist diese selbstlose Hingebung im Interesse der Erhaltung der Zeitung und alle Worte des Dankes würden nicht das sagen können, was wir und die ganze Partei jedem Mitarbeiter der Zeitung schuldig sind an Dank und Anerkennung.

Ein besonders schweres Amt üben unsere Kolporteurs aus, die in der Hauptsache ehrenamtlichen ihre verantwortungsvolle Arbeit verrichten. Dieses Amt können ihnen unsere Leser erleichtern. Und an sie wollen wir heute ganz besonders appellieren, unsere Kolporteurs in ihrer Arbeit durch pünktliche wöchentliche, bezw. monatliche Bezahlung des Zeitungsbezugs-geldes im Voraus zu unterstützen,

Die Hungernden

Während in den Herbstmonaten in den Börsensälen und auf den Versteigerungen, in den Handels- und Regierungsbüros ein Feilschen und Verhandeln um Preiserhöhungen und „Stützungsaktionen“ der wichtigsten Volksnahrungsmittel im Gange war, ist die Not des Proletariats ins Unermeßliche gestiegen. In vielen Proletenfamilien ist Brod ebenso eine Seltenheit geworden wie die Kartoffel. Auf den Stempelstellen und in den Straßen mehrten sich täglich die Fälle, daß Männer und Frauen ohnmächtig zusammenbrechen, weil sie keinen Happen Brod, keinen Schluck Kaffee im Leibe haben. Wollte man diejenigen zählen, die des morgens ohne eine Scheibe Brod zu sich genommen zu haben, stundenlang an den Schallern der Wohlfahrts- und Arbeitsämter stehen, es gäbe eine grauenvolle Statistik.

In den Schulen ist es eine fägliche Erscheinung geworden, daß Kinder aus eben demselben Grunde Erbrechen- und Schwächeanfalle bekommen. Die Lehrer wenden sich immer wieder mit Hilferufen um Kinderspeisung an die Behörden, ohne daß auch nur einigermaßen ausreichende Hilfe kommt. Auf dem Schulhof einer westdeutschen Industriestadt sah vor einigen Tagen ein Lehrer zwei Kinder an rohen Kartoffeln kauend. Sie hätten kein Brod mehr zu Hause, und die Kartoffeln hätten sie gefunden, war die Antwort auf die erstaunte Frage des Lehrers. „Einzelschicksale“, hört man Zweifler sagen, die sich gerne über die Wirklichkeit hinwegtäuschen möchten. Ja, Einzelschicksale sind es, die so in Erscheinung treten, Einzelschicksale, die der unweibschbare Ausdruck des Massenelends sind. So lautet eine Zeitungsnotiz:

Dorlmund, 20. Dezember. Vor dem Warenhaus Althoff wurde ein in Mädchenkleidern stekender siebenjähriger Junge beobachtet, wie er in einer Tüte Brotkrumen sammelte. Auf die Frage, warum er denn Mädchenkleider trage, gab er zur Antwort, daß seine Mutter schwer krank ist und er nichts anderes anzuziehen habe; aus den Brotkrumen würden sie zu Hause Brodsuppe machen.

Neue Stilllegung auf „Rheinpreußen“?

Die Direktion der Zeche „Rheinpreußen“ beabsichtigt, eine weitere Betriebs einschränkung vorzunehmen. Obschon auf der sechs Schächte zählenden Zeche bereits 3 Schächte stillgelegt worden sind, soll noch eine weitere Schachtanlage folgen. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat nun einen Antrag eingebracht, wonach das Staatsministerium eine weitere Stilllegung verhindern soll. Der Antrag wird damit begründet, daß die drohende Stilllegung katastrophale Folgen für die Bergarbeiterbevölkerung wie für den gewerblichen Mittelstand habe. Das sei eine Belastungsprobe für die Gemeinden, wodurch ihre Existenz aufs ärgste gefährdet würde. Die Not der Bergarbeiter sei ohnehin schon ins Untragbare gestiegen. In den letzten Monaten wurden je Woche durchschnittlich drei Feierschichten eingelegt. Das Durchschnittsmonats-einkommen der in der Grube Arbeitenden beträgt heute nur noch 85 bis 90 Mark.

Wie wir dazu erfahren, steht die Bergwerksdirektion noch in Verhandlung über die beabsichtigte Stilllegung. Was wird schon die Arbeiterschaft von solchen Verhandlungen zu erwarten haben.

damit diese auch bei uns pünktlich abrechnen können. Das gilt auch für alle Einzelbezieher. Auch diese Genossen und Leser bitten wir, jeden Monat, wenn die kleine Erinnerungsnote in der Zeitung erscheint, das Bezugsgeld auf unser Postscheckkonto einzuzahlen. Der pünktliche Eingang aller Bezugsgebühren ist eine Lebensnotwendigkeit für unsere Zeitung, die keinerlei Zuschüsse aus irgendwelchen Fonds erhält, sondern die getragen wird von dem Opfergeist und dem Idealismus aller Leser und Mitarbeiter.

An alle Leser und Mitarbeiter der SAZ sowie an alle Mitglieder von SAP und SJV richten wir weiter noch die Bitte, auch im neuen Jahr und in diesem ganz besonders mit vielfach verstärkter Kraft und Ausdauer für die weitere Verbreitung unserer Presse in den Kreisen der SPD und KPD-Arbeiter sowie in den Reihen der breiten Massen der indifferenten Arbeiter zu sorgen, nicht nur, weil damit die Existenz der SAZ weiter gesichert wird, sondern weil nur so unsere Arbeit in wirkungsvollster Weise unterstützt wird, weil nur durch die intensive Bearbeitung durch unsere Presse unser politisches Wollen zum Allgemeingut der Arbeiterschaft werden kann. Darum mit neuer Kraft an die Arbeit gegangen und allen Hindernissen zum Trotz immer

Kampfbereit!
SAZ-Geschäftsleitung u. Expedition.

Baugewerksbund, ist das wahr?

Wir berichteten bereits vor 10 Tagen in der „SAZ“, daß in dem Breslauer Bauarbeiterstreik eilige Bauarbeiten auf bestreikten Baustellen durch Lehrlinge, die von verschiedenen Firmen zusammengezogen werden, fertiggestellt werden. Wir nannten da u. a. eine Baustelle einer bekannten Firma am Blücherplatz.

Jetzt wird in der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ vom Donnerstag behauptet, daß „weitere Lehrlinge von der „Bauhütte“ zu den bestreikten Baustellen vermittelt werden, um den Kampf der Bauarbeiter um ihre paar Hungerpfennige zu hintertreiben.“

Wir wollen hoffen, daß diese Behauptung nicht stimmt. Sollte sie jedoch der Wahrheit entsprechen, so wäre kein Wort scharf genug, um ein derartiges Verhalten der „Bauhütte“ anzuprangern. Die „Bauhütte“ ist mit den Geldern der Gewerkschaften, vor allem des Baugewerksbundes, aufgebaut worden. Sie sollte den Zweck haben, dem privatkapitalistischen Bauunternehmertum eine genossenschaftliche proletarische Produktionsweise entgegenzustellen und dabei vor allem der Lohnrückerei und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken. Wenn sie jetzt den Arbeitern in ihrem schweren Kampf in den Rücken fallen sollte, dann wäre es höchste Zeit, daß dieses Gebilde so schnell wie möglich verschwindet, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und die Gewerkschaften ihr Geld, soweit das noch möglich ist, schleunigst zurückziehen.

Die Bauarbeiter müssen sofortige und absolute eindeutige Antwort verlangen.

Neubaumieter-Bewegung in Brandenburg a. d. Havel

Von einem Obmann der Neubaumieter Brandenburgs wird uns berichtet:

Die unerhörte Not hat die Neubaumieter Brandenburgs zum Zusammenschluß unabhängig von Parteilagebetrieblen getrieben. In zwei großen Versammlungen wurde zunächst gefordert:

Weiterzahlung der vom Magistrat zugesicherten Mietszuschüsse an erwerbslose Neubaumieter, Einstellung der Exmittierungen bei unverschuldet in Not geratenen Neubaumieter, ferner Senkung der Mieten auf ein erträgliches Maß.

Durch den geeinten Abwehrkampf der Neubaumieter ist zunächst erreicht worden, daß die Erwerbslosen ihre Mietbeiträge weiter erhielten. Bei den Exmittierungen sind in letzter Zeit durch den Druck der zusammengeschlossenen Mieter besondere Härten vermieden worden. In den städtischen Häusern (Zollbau-siedlung) sind durch Verhandlungen des Neubaumieter-Ausschusses mit dem Magistrat die Mieten um 15 Prozent gesenkt worden.

Dies alles ist aber noch zu wenig. Es muß eine größere Senkung der Mieten für alle Neubaubewerber erreicht werden. Dies kann nur geschehen, wenn der Abwehrkampf zäh und geschlossen weiter geführt wird, wenn alle Neubaumieter sich für die Weisungen der von ihnen selbst gewählten Obleute einsetzen und durch unsere Genossen als eifrige Mitarbeiter der Arbeiterschaft immer wieder klar zu machen versuchen, welche Kraft in ihr steckt, wenn sie den Kampf für ihre Interessen geschlossen aufnehmen.

Aus Probstzella in Thür.

Arbeiterwohlfahrt — Bund Königin Luise — Frauenschaft der NSDAP — Vaterländischer Frauenverein. „Wir wollen helfen“, so lautet die fette Ueberschrift in dem Aufruf der thüringer Naziregierung, welche zwar dem Volke bis jetzt weder Arbeit und Brod geben konnte, dafür aber alle Unter-schiede der freiwilligen Sammlung anfordert. In Saalfeld wurde die „Stiefel der Winterjahre 1932“ ins Leben gerufen und da man als SPD staats- und staatsbejahend ist, so ist es doch selbstverständlich, daß man in einem solchen Ausschuss mit vertreten ist. SPD (Arbeiterwohlfahrt) und Deutsche nationale und Nazi, Hand in Hand, sage mir mit wem Du gehst und ich sage Dir, wer Du bist.

Das Schwarzburgische Landes-theater Rudolstadt, welches seit Jahren für die „Freie Volkshühne Probstzella u. Umg.“ Gastspiele aufgeführt hat, wird am 31. Dezember 1932 geschlossen. Das gleiche Schicksal erlisdet die Landeskappelle, welche im nächsten Jahre 250 Jahre besteht, während das Landestheater im Jahre 1933 auf ein 140-jähriges Bestehen zurückblicken könnte. Die Schließung des Landestheaters und der Landeskappelle erfolgte auf einen Beschluß des Rudolstädter Stadtrates mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und einiger Bürgerlichen, weil der erst vor einigen Monaten neugewählte Intendant Mitglied der Nazi-partei sei, und demzufolge die Zuschüsse verweigerten.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A. G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebu zt, Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Kontonr. 102 92.

Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,18 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 4,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.